

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Unser Tag. 1950-1950 1950

87 (21.4.1950)

WINSER TAG

Verlag: Badische Zeitungsverlags-Gesellschaft m. b. H., Mannheim, S. 3, 10, Fernruf Nr. 432 60. Redaktion: Mannheim, S. 3, 10, Fernruf Nr. 413 35. Chefredakteur: Hermann Jerrtrup. Landesredaktion: Freiburg, Vaubanstraße 12, Fernruf 2249. Vertriebsstellen: Offenburg, Friedrichstraße 42; Rastatt, Keiserstraße 1; Freiburg, Vaubanstraße 12; Lorrach, Feldbergstraße 7; Konstanz, Hussenstraße 49.

Volkszeitung für Baden

Er erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis DM 2,30 einsch. Trägerlohn. Bei Postzustellung DM 2,65 zuz. DM -0,4 Zustellgebühr. Bankverbindung: Allg. Bankgesellschaft Mannheim, Kto.-Nr. 1477. Scheck: Sparkasse Mannheim, Kto.-Nr. 27. Postcheckamt Karlsruhe, Kto.-Nr. 429 39. Anzeigenpreis: Anzeigenpreisliste 3. Anzeigen werden entgegengenommen in all. Vertriebsfilialen.

Jahrgang 5 / Nr. 87

Freitag, 21. April 1950

Preis 13 Pfg.

Charta der Arbeit in der DDR erlassen!

Ministerpräsident Grotewohl begründet in der Volkskammer das zum 1. Mai in Kraft tretende Grundgesetz der Arbeit

Berlin (EB). Die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik hat das Gesetz zur Förderung und Pflege der Arbeitskräfte, zur Steigerung der Arbeitsproduktivität und zur Verbesserung der materiellen und kulturellen Lage der Arbeiter und Angestellten, beraten und beschlossen.

An der Sitzung der Volkskammer nahmen zahlreiche Aktivisten aus den volkseigenen Betrieben, sowie zehn westdeutsche Gewerkschaftsfunktionäre und Betriebsräte aus Nordrhein-Westfalen, Bayern, Hessen und Schleswig-Holstein teil.

Zur Begründung des Gesetzes erklärte Ministerpräsident Grotewohl: Das Gesetz ist der Ausdruck der Achtung und Anerkennung der Regierung vor dem großen Einsatz aller werktätigen Menschen beim Wiederaufbau unseres Vaterlandes. Wenn die Regierung Wert darauf legt, dieses Gesetz zum 1. Mai in Kraft treten zu lassen, so will sie damit dokumentieren, daß sie sich restlos an die Seite der Werktätigen stellt, die an diesem Tag 60jährige Wiederkehr des Mai-Kampftages feiern, der dem wirtschaftlichen und kulturellen Aufstieg der arbeitenden Menschen gewidmet ist. Die Regierung wünscht, daß die arbeitende Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik dieses Gesetz aus der Hand der Volkskammer entgegennehmen möge als

eine Charta der Arbeit, die der Verbesserung der Lebensverhältnisse unseres Volkes und dem friedlichen Wiederaufbau unserer Heimat dient.

Die wichtigsten Bestimmungen dieses Gesetzes sind die gesetzliche Statuierung des Rechts eines jeden Bürgers auf Arbeit, und das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter und Angestellten. Das Mitbestimmungsrecht in der Leitung der Wirtschaft hat sich in unserer Republik in den vergangenen Jahren seit dem Zusammenbruch im Jahre 1945 bereits organisch entwickelt und durchgesetzt. Dies gilt nicht nur für die Leitung der Wirtschaft in der obersten Ebene, also für das Recht der Mitbestimmung der Gewerkschaften in allen entscheidenden Fragen der Gestaltung des Wirtschaftsplanes und seiner Verwirklichung, sondern es gilt auch ungeschränkt für das Recht der Mitbestimmung der Arbeiter und Angestellten in den Betrieben durch ihre Gewerkschaftsorgane.

Was ist nun das Neue?
Zunächst wird durch dieses Gesetz festgestellt, daß der FDGB und seine Gewerkschaftsorganisationen die Vertreter der Arbeiter und Angestellten sind. Damit wird jede Möglichkeit der Beeinträchtigung der Wirkungsmöglichkeiten der Gewerkschaften durch gewerkschaftsfeindliche oder gewerkschaftsfeindliche, von den Arbeitern selbst nicht gewünschte oder gewollten Interessenwahrnehmungen der Arbeiter und Angestellten ausgeschlossen. Das gleiche gilt für das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter und Angestellten im Betrieb. Nach Annahme dieses Gesetzes wird es nicht mehr von der Gestalt und der Willkür der Leitung eines Betriebes abhängen, ob und in welchem Umfang den gewerkschaftlichen Organen der Arbeiter und Angestellten im Betrieb das Recht der Mitbestimmung in allen Fragen des Betriebes eingeräumt wird.

Nach Annahme dieses Gesetzes ist das Recht der Arbeiter und Angestellten eines Betriebes, in den auch für ihr Leben entscheidenden Fragen der Leitung des Betriebes durch ihre gewerkschaftlichen Organe mitzubestimmen, eindeutig und in gesetzlich einwandfreier Weise festgelegt. Das

Recht der Arbeiter und Angestellten in Westdeutschland auf stärkere Bewegung. Die Arbeiter in Westdeutschland sind heute rechtlos und ihre Gewerkschaften machtlos. Das zeigt die gegenwärtige Auseinandersetzung über das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter Westdeutschlands. Nachdem die Gewerkschaften Westdeutschlands die Entstehung neuer, reaktionärer Unternehmensverbände jahrelang nicht nur geduldet, sondern auch — angeblich, um einen Verhandlungspartner zu finden — sogar gefördert haben, ist dieser Verhand-

lungspartner inzwischen wieder so mächtig und einflußreich geworden, daß er es sich erlauben kann, den Anspruch der Arbeiter auf Mitbestimmung in innerbetrieblichen Fragen rücksichtslos abzulehnen und den Belegschaften und ihren Organen bestenfalls Mitspracherecht in sozialen und personellen Fragen zuzugestehen.

Dem Wirtschafts- und Sozialleben ein neuer Weg eröffnet
Dieses Gesetz ist nur ein Rahmengesetz für eine fortschreitende und fortschrittliche gesetzliche Regelung aller Fragen des Arbeitslebens. Es ist ein Grundgesetz in dem Sinne, daß es in dem großen Prozeß der geschichtlichen Entwicklung unseres Wirtschafts-, Arbeits- und Soziallebens einen neuen Weg eröffnet für die fortschrittlichste Arbeitsgestaltung, die es je in Deutschland gegeben hat.

Professor Heuß in Nöten
Bonn. Die Bestimmung einer Nationalhymne gehöre nach dem deutschen Staatsrecht zu den Vorrechten des Bundespräsidenten, heißt es in einer Erklärung der Pressestelle des Präsidialamtes. Prof. Heuß will durch das Absingen der dritten Strophe des Deutschlandliedes auf Anordnung von Adenauer und des „Staatsstreickers“ Kaiser in Titania-Palast in Berlin nicht festgelegt werden sein. Nach seiner Ansicht sei die Zeit politisch noch nicht reif, um in dieser Frage eine Entscheidung zu treffen. Dem Professor auf der Viktorhöhe in Godesberg und dem sich so überklug dünkenden Dr. Adenauer scheint es entgangen zu sein, daß in der Frage der Nationalhymne schon eine Entscheidung getroffen wurde. Auch in Westdeutschland singen die fortschrittlichen Deutschen bei allen wichtigen Anlässen die Hymne der deutschen Nation „Aufstanden aus Ruinen“.

Forderungen der Mütter
Bonn (EB). Frauen und Mütter fäßen in Gemeinschaft mit der Deutschen Friedensgesellschaft in Witten-Annen eine Entschiedenheit, die sie an sämtliche Bundestagsfraktionen sandten. In derselben heißt es: „Wir Mütter lehnen es entschieden ab, weiterhin Kinder zu gebären für den Krieg.“ Sie fordern von allen demokratischen Kräften, alles zur Erhaltung des Friedens zu tun, besonders die Beseitigung der Vertrauensleute des Faschismus, die bereits wieder Schlüsselstellungen in Verwaltung und Wirtschaft bekleiden, eine wirkliche Gleichberechtigung der Frau auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens und eine Erziehung der Kinder und Jugendlichen im Geiste des Friedens und der Völkerverständigung.

Warum wir Roggenbrot essen sollen
In den USA werden Millionen über Millionen auf Kosten unseres kolonialen Lebensstandards verdient.
Die westdeutsche Separatregierung will, daß die werktätige Bevölkerung mehr Roggenbrot verbrauchen soll. Die Minister sagen zwar nicht: Roggenbrot, weil die Brotpreise steigen und die Werktätigen zu wenig verdienen, um sich das zu teure und noch teurer werdende Weizenbrot kaufen zu können. Doch ist das der Sinn der „Werbeweche für das Roggenbrot“, die vom 17. bis 21. April durchgeführt werden sollte.

Einzigste Krupp-Renn-Anlage Deutschlands demontiert
Watenstedt-Salzgitter. Die Demontage in den ehemaligen Reichswerken wird mit beschleunigtem Tempo durchgeführt. Der Abbau des ersten Drehrohrens aus der Krupp-Renn-Anlage wurde begonnen. Die Demontage wird bei dem jetzigen Tempo in etwa acht Wochen beendet sein. Ein neuer Zusammenbau der Drehrohren ist nach der Ansicht von Fachleuten unmöglich. Die Maschinenanlage ist bereits abgebaut. Bisher wurden 77 Waggons mit Demontagegut aus der Renn-Anlage abtransportiert.

Die Werke von Watenstedt-Salzgitter sollen also aus Konkurrenzgründen restlos vernichtet werden. Wie aus einem Protesttelegramm der Wirtschaftsvereinigung Eisen und Stahl in Düsseldorf an die „Hohen Kommissare“ hervorgeht, ist die vernichtete Krupp-Renn-Anlage für die Versorgung der Ruhrhöfen besonders wichtig gewesen. Sie war die einzige Renn-Anlage Deutschlands.

Westeuropas. Dafür sorgen die Adenauer u. Co., die sich am „kalten Krieg“ beteiligen und die Erweiterung des Ost-West-Handels mit allen Mitteln hinterreiben.

Die amerikanische Agrarpolitik stützt die hohen Preise für landwirtschaftliche Produkte. Damit diese Preise nicht sinken, werden dauernd Uberschüsse vernichtet. Das „Handelsblatt“ vom 7. April 1950 berichtet: „Die Agrarverwaltung mußte vor wenigen Wochen verkünden, daß die unverwertbaren Kartoffelbestände der Regierung entweder zu einem Cent je hundert lbs (engl. Pfund) als Viehfutter für die Farmer zurückverkauft werden oder gänzlich unverwertbar auf den Feldern verfaulen müßten. Die Uberschüsse anderer Agrarprodukte sind bekannt. Mitte dieses Jahres werden sechs Millionen Ballen Baumwolle, 350 Millionen Bushel Weizen, 600 bis 650 Millionen Bushel Mais, 45 Millionen Bushel Leinsaat, über 2 Milliarden Eier in der Form von Eipulver, riesige Mengen Butter, Sahne usw. in staatlichen Speichern lagern, aufgekauft oder beliehen.“

Das alles geschieht nur, um die Weltmarktpreise hochzuhalten. Die westdeutsche Bevölkerung aber wird gezwungen, die amerikanischen Produkte zu hohen Preisen zu kaufen. Die amerikanische Presse Westdeutschlands stellt diese Tatsache als etwas

Westeuropas. Dafür sorgen die Adenauer u. Co., die sich am „kalten Krieg“ beteiligen und die Erweiterung des Ost-West-Handels mit allen Mitteln hinterreiben.

Die amerikanische Agrarpolitik stützt die hohen Preise für landwirtschaftliche Produkte. Damit diese Preise nicht sinken, werden dauernd Uberschüsse vernichtet. Das „Handelsblatt“ vom 7. April 1950 berichtet: „Die Agrarverwaltung mußte vor wenigen Wochen verkünden, daß die unverwertbaren Kartoffelbestände der Regierung entweder zu einem Cent je hundert lbs (engl. Pfund) als Viehfutter für die Farmer zurückverkauft werden oder gänzlich unverwertbar auf den Feldern verfaulen müßten. Die Uberschüsse anderer Agrarprodukte sind bekannt. Mitte dieses Jahres werden sechs Millionen Ballen Baumwolle, 350 Millionen Bushel Weizen, 600 bis 650 Millionen Bushel Mais, 45 Millionen Bushel Leinsaat, über 2 Milliarden Eier in der Form von Eipulver, riesige Mengen Butter, Sahne usw. in staatlichen Speichern lagern, aufgekauft oder beliehen.“

Das alles geschieht nur, um die Weltmarktpreise hochzuhalten. Die westdeutsche Bevölkerung aber wird gezwungen, die amerikanischen Produkte zu hohen Preisen zu kaufen. Die amerikanische Presse Westdeutschlands stellt diese Tatsache als etwas

Am 1. Mai heraus zur Demonstration!

Wir wollen keinen Arbeitsdienst, wir wollen Lehrstellen für unsere Jugend

Mehr als eine halbe Million junger Menschen hat zu Ostern 1950 die Schule verlassen. Der erste Eindruck, den das „neue Leben“ den Jungen und Mädchen einprägt, ist die Arbeitslosigkeit. Sie wollen einen Beruf, ein Handwerk erlernen, aber man hat keine Lehrstellen für sie in Westdeutschland, dem Separatstaat der Adenauer-Regierung und der Millionäre. Und dabei bangt die deutsche Industrie um ihren Facharbeiterstamm der ohne Nachwuchs ist. Aber was für das deutsche Volk das Wichtigste wäre, nämlich die Entwicklung einer Friedensindustrie und eines hochqualifizierten Arbeiterstammes, das ist ja nicht das Ziel derer, die in Westdeutschland die Politik bestimmen. Sie betreiben die Vorbereitung eines Krieges gegen die Sowjetunion und den europäischen Osten.

Unsere Jugend soll das erste Opfer werden dieser volksfeindlichen Bestrebungen, an deren Ende die völlige Vernichtung unseres deutschen Vaterlandes und des werktätigen deutschen Volkes steht. Darum wird die Friedensindustrie in Westdeutschland nicht entwickelt. Darum gibt man unseren Jungen und Mädchen keine Lehrstellen, man will sie in den Arbeitsdienst schicken, zur Vorerziehung für die Wehrmacht für das „deutsche Kontingent in einer europäischen Armee“, das Adenauer zu stellen sich bereit erklärt hat. Erinnern wir uns: vor 1933 war es der „Stahlhelm“, der zuerst den „freiwilligen“ Arbeitsdienst einführt. Später war der Stahlhelm die SA-Reserve zwei. Daß seine Neugründung wieder bevorsteht, meldete die westdeutsche Presse.

Die Entwicklung ihrer Jugend war immer eine besondere erste Sorge der sozialistischen Arbeiterbewegung. Die Arbeiterparteien und die Gewerkschaften dürfen nicht erlahmen in der verantwortungsbewußten Arbeit an ihrer Jugend. Darum ist in der Deutschen Demokratischen Republik gerade die Jugendgesetzgebung so gründlich und so fortschrittlich, daß niemand daran zweifeln kann, daß diese Jugend in der Deutschen Demokratischen Republik einen guten Weg geföhrt wird. Dort gibt es auch keine Not bei der Berufswahl. Ganz beson-

Was war der Zweck des Adenauer-Besuchs?

Das Zentralorgan der SED „Neues Deutschland“ schreibt zum Adenauer-Besuch in Berlin und seiner Aufforderung die dritte Strophe des „Deutschland-Liedes“ zu singen: „Nichts kann besser den wirklichen Zweck seines Besuches in Berlin zum Ausdruck bringen, als diese symbolische Handlung, die von seinem Spießgesellen Kaiser höhnlächeln und zustimmend als „Staatsstreich“ bezeichnet wurde.“

Mit viermotorigem Bomber gekommen und gegangen

Die „Neue Zeit“ (CDU der DDR) faßt ihr Urteil in den Worten zusammen: „Der kriegerischen Note des An- und Abfluges Dr. Adenauers mit einem viermotorigen Bomber entsprach seinem Auftreten in Berlin, wenigstens so weit es sich um Ostberlin, die Deutsche Demokratische Republik, sowie Osteuropa, insbesondere die Sowjetunion handelte. Daß Adenauers Besuch einen solchen wesentlichen Beitrag zur weiteren Erödterung der Westberliner beisteuern würde, hatte niemand in Westberlin erwartet. Gerade darin bestand aber die große Ueberraschung des Adenauer-Besuches.“

Wovon Adenauer nicht sprach

Die „Tägliche Rundschau“ führt darüber aus: „Adenauer sagt nichts von Watenstedt-Salzgitter, nichts von dem zweiten Watenstedt-Salzgitter in Hessen, nichts über die erdrückende Last der Besatzungskosten in Westdeutschland, nichts über die Terrorurteile gegen Abgeordnete und Redakteure von Deutschland war in Adenauers Rede sehr wenig zu hören, um so mehr von Europa und der Europäischen Union.“

Warum sind die westlichen Gönner ungehalten?

Die Pariser „Humanité“ trifft den Nagel auf den Kopf, sie schreibt: „Im Grunde werfen Adenauers westliche Komplizen ihm nicht vor, in Hitlers Spuren zu wandern, sondern nicht diskret genug dabei zu sein.“

Die Provokation Dr. Adenauers

Von Walter Fisch, M. d. B.

Herr Adenauer nahm die Gelegenheit seines „Staatsbesuches“ in Berlin wahr, um am 18. April eine Rede zu halten, die er zweifellos als grundlegend für seine Außenpolitik in den nächsten Monaten angesehen haben wollte. Man muß sagen, daß diese Rede an Offenheit nichts zu wünschen übrig läßt. Deutlicher wurde es bisher noch nicht ausgesprochen, wie man sich in Bonn die bedingungslose Eingliederung Westdeutschlands in den westlichen Atlantikpaktblock und in die antisozialistische, imperialistische Front vorstellt. Man würde jedoch Herrn Adenauer zu hoch einschätzen, nähme man an, er habe diese Rede aus freien Stücken gehalten. Es ist bekannt, daß er unmittelbar vor seiner Abreise eine lange Aussprache mit dem USA-Hochkommissar McCloy hatte, die, wie man weiß, sich gründlich mit der Berliner Rede Adenauers befaßte. In aller Welt war daher schon vor Adenauers Rede bekannt, daß das, was er sagen wird, eine deutsche Übersetzung der amerikanischen Wünsche hinsichtlich der bevorstehenden Londoner Außenministerkonferenz der drei Westmächte bedeutet.

Herr Adenauer beschwerte sich darüber, daß seine Bonner „Bundesrepublik“ in Paris und in London als noch nicht genügend zuverlässig westlich eingeschätzt werde. Er klagte darüber, daß von den Regierungen Englands und Frankreichs noch immer zu viel Bedingungen an die Bonner Regierung gestellt würden, ehe diese als vollkommen gleichberechtigter Partner in den Straßburger Europarat und in den Atlantikpakt aufgenommen, und ehe dem Bonner Separatstaat die uneingeschränkte Wiederaufrüstung zugestanden werden könne.

Darum gebärdete sich Herr Adenauer im Berliner Titania-Palast wie ein Reisender in Schundartikeln, der seine Waren immer wieder anpreisen muß. In einer geradezu entwürdigenden Art zeigte der Bonner Regierungschef alle die Tatsachen auf, die nach seiner Meinung genügend starke Beweise für die Bonner Bereitwilligkeit darstellen, jede, aber auch jede Direktive der westlichen Kolonialherren zu erfüllen.

„Ich frage mich allen Ernstes, meine Damen und Herren“, so sprach Herr Adenauer, „was soll denn Deutschland (gemeint ist der Bonner Separatstaat) noch tun, um die Westalliierten von seiner inneren Einstellung zu überzeugen? Hat nicht Westdeutschland (Fortsetzung auf Seite 2)

Am Streiflicht gesehen

22-jähriger wurde Erster Bürgermeister von Leipzig

Leipzig. (dpa.) Der 22-jährige Manfred Gerlach — erster Vorsitzender des zentralen LDP-Jugendrates — wurde auf Vorschlag der SED mit Mehrheit von den Leipziger Stadtverordneten zum Ersten Bürgermeister und zum Dezernenten des Amtes für Handel und Versorgung gewählt.

„Es dürfte das erste Mal in einer Großstadt wie Leipzig sein, daß ein 22-jähriger zum Ersten Bürgermeister gewählt wurde“, schreibt die Zeitung der LDP der DDR „Der Morgen“. Der Vorschlag der SED-Fraktion sei nicht nur ein persönlicher Vertrauensbeweis für den jungen LDP-Bürgermeister, sondern zugleich ein Beitrag zur Verwirklichung des Jugendgesetzes.

Nur zwei Jahre Gefängnis für Veit Harlan beantragt

Hamburg. (dpa.) Zwei Jahre Gefängnis und eine Geldstrafe von 105 000 Mark beantragte Oberstaatsanwalt Dr. Gerhard Kramer im Prozeß gegen den Filmregisseur Veit Harlan. Nach Ansicht Kramers entspricht diese Summe dem Honorar, das der Angeklagte für die Umarbeitung des Drehbuches und die Regie des Films „Jud Süß“ erhalten hat. Bei der Gefängnisstrafe forderte der Staatsanwalt ersatzweise 1000 Mark für je einen Tag Gefängnis. Er beantragte, Harlan wegen der Höhe der beantragten Strafe in Haft zu nehmen.

Vom Eiffelturm gestürzt

Paris. Einige Pariser, die am Mittwoch am Eiffelturm vorübergingen, beobachteten zu ihrem Entsetzen, wie ein Mann vom zweiten Stock des Eiffelturms in die Tiefe stürzte. Die Leiche blieb schließlich zwischen den Metallstreben oberhalb des ersten Stockes hängen, wo sie erst nach meh-

renen Stunden geborgen werden konnte. Anscheinend handelt es sich um einen Selbstmörder. (Nach ap.)

50 000 Granaten versteckt

Hamburg. In einem Hamburger Kanal wurden 50 000 Granaten gefunden, von denen viele noch scharf sind. Es ist in der Öffentlichkeit bisher noch nicht bekannt, wer die Granaten versteckt hat und zu welchem Zweck sie dort untergebracht wurden.

„Sohn des Himmels“ in Gefangenschaft

Tokio. Der letzte „Sohn des Himmels“, der ehemalige chinesische Kaiser Kangchi, befindet sich in einem Gefangenenlager in der Nähe der Stadt Chabarowsk. Während des Ueberfalls der japanischen Imperialisten auf China wurde er von den Japanern als Marionettenkaiser ihres Protektorats Mandschuko eingesetzt.

Schweres Eisenbahnunglück bei Koblenz

Koblenz. (dpa.) Auf der Horchheimer Rheinbrücke bei Koblenz ereignete sich am Donnerstag kurz nach drei Uhr früh ein schweres Zugunglück, das drei Todesopfer forderte. Der aus Richtung Ehrenbreitstein kommende Großraum-Güterzug, der sich mit einer Koksladung auf der Fahrt nach Luxemburg befand, überfuhr kurz vor der Brücke ein Haltsignal und kam dadurch auf ein totes Gleis. Die Lokomotive entgleiste, und die nachfolgenden Waggons schoben sich zum Teil ineinander. Der Lokomotivführer wurde schwer verletzt in ein Krankenhaus eingeliefert. Der Heizer und die übrigen zwei Mann Zupersonal konnten nur noch tot aus den Trümmern geborgen werden.

(Fortsetzung von Seite 1)

land schon diese Entscheidung (der ausschließlichen Westorientierung, W. F.) getroffen mit der Schaffung des Bonner Grundgesetzes?

Gewiß, es ist kaum vorstellbar, was Herr Adenauer noch mehr hätte tun können, um den Westmächten seine Gefügigkeit und Unterwerfungsbereitschaft zu zeigen, und es ist immerhin gut, daß Herr Adenauer das sogenannte Bonner Grundgesetz selbst als Beweis hierfür anführt.

Der Bundeskanzler verwies besonders auf den Artikel 24 des Bonner Grundgesetzes, in dem sich der westdeutsche Staat zur Bereitstellung von Truppenkontingenten unter fremden Oberbefehl, unter Verzicht auf seine eigenen Hoheitsrechte bekennt. Das Leben der deutschen Jugend, die nationale Würde unseres Volkes als Faustpfand des Verzichts auf Deutschlands Einheit und Selbstständigkeit, als Faustpfand in den Händen der westlichen Imperialisten! Herr Adenauer war schließlich geschmacklos genug, auch seine Unterzeichnung des Petersberger Abkommens vom 22. 11. 1949 als einen weiteren Beweis für die „sehr klare Entscheidung für die Einordnung in den Westen“ offen einzusetzen. Nun weiß es die Bevölkerung an Rhein und Ruhr, die die Auslieferung der wertvollsten deutschen Wirtschaftsgüter an das Organ der ausländischen Großkonzerne, die Ruhrbehörde, miterlebte; nun weiß es die Bevölkerung von Watenstedt-Salzgitter, der man den Arbeitsplatz demontierte; nun weiß es die Bevölkerung der norddeutschen Hafen- und Werftstädte, die die rücksichtslose Drosselung des deutschen Schiffbaues und die Zerstörung des Seehandels beklagt; Herr Adenauer, der diese Maßnahmen auf dem Petersberg unterschrieben hat, brüstet sich noch mit seinen Handlungen. Er brüstet sich damit, weil er mit ihnen seine Aufnahmeprüfung in den Kriegsbund der Westmächte bestanden zu haben glaubt.

Das Bild wird nur abgerundet durch den marktschreierischen Hinweis auf die „nur“ 15 kommunistischen Abgeordneten im Bundestag, worin Herr Adenauer glaubt, seine Salonfähigkeit in den Reihen der Atlantikpakt-Mächte belegen zu können.

Mag Herr Adenauer die Wünsche des Mr. McCloy, die auf eine schnelle und möglichst reibungslose Eingliederung Westdeutschlands in den Atlantik-Paktblock hinführen, auch getreulich wiedergegeben haben: Die Wünsche und Forderungen des deutschen Volkes hat er bei dieser Berliner Rede ebenso verleugnet, wie er bei der Anerkennung des Ruhrstatus und bei der Unterzeichnung des Petersberger Abkommens bereit war, die nationalen Interessen des deutschen Volkes preiszugeben. Kein Wort fand er gegen die blutige Konkurrenz-Demontage, kein Wort gegen die Behinderung der deutschen Wirtschaft, des innerdeutschen — und des Außenhandels, kein Wort gegen die erdrückenden Milliardenlasten der Besatzungskosten, kein Wort gegen die unwürdigen täglich sich wiederholenden Eingriffe der Hohen Kommissare in die Versuche einer westdeutschen „Gesetzgebung“. Nichts von alledem! Statt dessen eine ordinäre Hetze gegen die Sowjetunion und die großsprecherische Ankündigung, Bonn werde demnächst die Deutsche Demokratische Republik „befreien“ und ihr die Segnungen des „goldenen Westens“ überbringen.

Herr Adenauer leistete sich Exkurse in die deutsche Geschichte. Er erhob den Erzreaktionär und Häuptling der „Heiligen Allianz“ von 1815, den Fürsten Metternich, zum Vorbild einer „klugen, weisen und kühnen“ europäischen Politik. Wir verstehen den Ehrgeiz des Herrn Adenauer, den Ruhm eines Metternich sich eines Tages um das eigne Haupt wunden zu können. Viel zweckmäßiger und viel realistischer aber für Herrn Adenauer wäre, er würde sich mit geschichtlichen Beispielen jüngerer Datums befassen: Ein gewisser Tschiangkai-Schek glaubte auch einmal, er könne auf die unbegrenzte „Hilfsbereitschaft“ der amerikanischen Imperialisten bauen und gab darum die Interessen seines eigenen Volkes preis. Herr Adenauer sollte studieren, was aus Tschiangkai-Schek geworden ist, er würde besser die künftige Linie seines eigenen Schicksals voraussehen!

Sie sagen „Freie Wahlen“ und meinen - den Krieg

„Economist“ verrät das Ziel: Die demokratischen Kräfte Deutschlands sollen vor dem Imperialismus kapitulieren

Der wahre Inhalt der McCloy'schen Parole „Freie Wahlen in ganz Deutschland“, ohne zuvor einen Friedensvertrag abzuschließen, das Ruhr- und Besatzungsstatut aufzuheben und alle Besatzungstruppen aus Deutschland zurückzuziehen, wurde von dem einflussreichen Blatt des britischen Finanzkapitals, dem „Economist“ offenbart. In einem Artikel vom 8. 4. 50 zeigt das Blatt mit dankenswerter Offenheit auf, was hinter dieser Parole steckt: „Die Bedingungen, die die Westmächte als Voraussetzung zur Herstellung der deutschen Einheit aufstellen müssen, bedeuten tatsächlich das Verschwinden der Volksrepublik.“

Es ist also die bedingungslose Kapitulation der Demokratie in Deutschland, die Rückgabe der volkseigenen Betriebe an die Kriegsverbrecher und des Bauernlandes an die Großgrundbesitzer, die Rückkehr der reaktionären Richter in ihre Ämter und die Freiheit der Kriegshetze in ganz Deutschland von der die amerikanischen Monopolisten und ihre in- und ausländischen Hilfskräfte träumen. Um die bedingungslose Kapitulation aber fordern zu können, muß man seines Sieges sicher sein. Wie ist es damit bestellt? Auch hierüber gibt uns der „Economist“ Auskunft:

„Dieser Vorteil (gemeint ist der angebliche Vorteil des Westens, daß bei Wahlen ein dem Westen angenehmes Ergebnis herauskäme, SID) ist jedoch einer, den die Alliierten schon weit verspätet haben. Die sich dahinschleppenden Ueberbleibsel der alliierten Kontrolle, die schweren Belastungen durch Demontagen, die nur halben Einladungen, dem Europarat beizutreten, tragen noch weiter dazu bei, den Hauptanziehungspunkt des

Westens zu schwächen, nämlich, daß er Deutschland Freiheit und Gleichberechtigung unter den Völkern geben könne.“

Die Position der Imperialisten in Deutschland ist also keineswegs so, daß sie eine bedingungslose Kapitulation der Deutschen Demokratischen Republik fordern können. Im Gegenteil, die Deutsche Demokratische Republik wird von Tag zu Tag stärker, während die Position der westlichen Imperialisten und ihrer deutschen Handlanger täglich schwächer wird. Dies sieht der „Economist“ bereits deutlich voraus und befürchtet, daß „die Briten und Amerikaner... nicht ganz sicher gehen können, ob sie den Tadel hierfür (für die Spaltung Deutschlands, SID) entgegen können.“

Da die westlichen Imperialisten dem sowjetischen Angebot auf Abschluß eines Friedensvertrages und Rückzug aller Besatzungstruppen „nicht nachzusehen“ können, bekommen das einflussreiche britische Blatt Furcht vor der kommenden Entwicklung. Es kleidet sie in Worte, die die größte Beachtung verdienen:

„Diese Tatsachen haben einige westliche Beobachter so sehr entmutigt, daß auf beiden Seiten des Atlantiks oft der Gedanke ausgesprochen wird, daß die Alliierten an einem sehr gefährlichen toten Punkt in ihrer Deutschlandpolitik angelangt sind, in einer Sackgasse, aus der es nur noch den Krieg als Ausweg gibt.“

Weil also die westliche Position in Deutschland bereits so schwach geworden ist, daß mit einer Kapitulation der Deutschen Demokratischen Republik — von einer bedingungslosen ganz abgesehen — beileibe nicht ge-

rechnet werden kann und weil auch in Westdeutschland der Gedanke der Nationalen Front als dem entscheidenden Mittel zur Ueberwindung von Arbeitslosigkeit, Krise und Kriegsgefahr auf dem Vormarsch ist, deshalb raten „einige westliche Beobachter“ bereits zum Krieg. Diese Warnung muß alle Friedenskämpfer in Deutschland zur größten Wachsamkeit mahnen. Sie verpflichtet uns den Kampf für die Herstellung der nationalen Einheit und die Sicherung des Friedens zu verstärken und die Worte zu beherzigen, die Stalin am 13. Oktober 1949 anlässlich der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik aussprach:

„Die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik ist ein Wendepunkt in der Geschichte Europas. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Existenz eines friedliebenden demokratischen Deutschlands neben dem Bestehen der friedliebenden Sowjetunion die Möglichkeit neuer Kriege in Europa ausschließt, dem Blutvergießen in Europa ein Ende macht und die Knechtung der europäischen Länder durch die Weltimperialisten unmöglich macht. Die Erfahrung des letzten Krieges hat gezeigt, daß das deutsche und das sowjetische Volk in diesem Kriege die größten Opfer gebracht haben, daß diese beiden Völker die größten Kräfte in Europa zur Vollbringung großer Aktionen von Weltbedeutung besitzen. Wenn diese beiden Völker die Entschlossenheit an den Tag legen werden, für den Frieden mit der gleichen Anspannung ihrer Kräfte zu kämpfen, mit der sie den Krieg führten, so kann man den Frieden in Europa für gesichert halten.“ F. U.

Storch muß dämpfen

Bonn. Das vielgepriesene Arbeitsbeschaffungsprogramm der Bonner Protektorsatsverwaltung und das Aufschneiden mit Millionen- und Milliardenbeträgen hat in manchen Industriezweigen Hoffnungen entstehen lassen, die jeder realen Grundlage entbehren. Das Ministerium Storch sieht sich veranlaßt, diesen Hoffnungen einen gewaltigen Dämpfer aufzusetzen. In einer Antwort auf die Anfrage des Adenauer-Bundesfreundes, Dr. Würmeling, über die Auswirkungen des Arbeitsbeschaffungsprogramms auf die Entwicklung der Natursteinindustrie wird auf eine frühere Auskunft des Verkehrsministers hingewiesen, daß es nicht mehr möglich sein wird, die Werke der Schotterindustrie so mit Aufträgen zu versehen, daß sie einigermaßen voll beschäftigt würden. Die Aufträge an die einzelnen Werke würden nicht mehr zentral vergeben, sondern über die einzelnen Eisenbahnstationen. Vermutlich kennen diese die politische Zuverlässigkeit der Werkleitungen besser. Die Firmen in den Grenzgebieten könnten schon wegen ihrer schlechten Frachtlage bei den laufenden jährlichen Gleisausbesserungen nicht so stark mit Aufträgen berücksichtigt werden, wie dies zur Behebung der Notlage dieser Gebiete notwendig sei.

Das läßt allerlei erwarten

Bonn. Ausgerechnet von Direktor Dinkelbach ließ sich der Bundestags-Ausschuß für Arbeit Instruktionen über die Verteilung der Funktionen in den Aufsichtsräten und Direktionen der „enflochtenen“ Betriebe geben und über die Art, wie dort das Mitbestimmungsrecht praktiziert werde. Auch über die Beteiligung der Betriebsräte an der Mitbestimmung informierte als der berufene Fachmann der frühere Direktor der Vereinigten Stahlwerke die wißbegierigen Bundestagsabgeordneten. Vor einiger Zeit hatte derselbe Ausschuß sich mit den klerofaschistischen Methoden zur Benebelung der Arbeiter in der Kupferhütte Duisburg bekannt gemacht. Der Vorsitzende des Ausschusses erklärte, daß die Erfahrung aus den bisherigen Anwendungsversuchen zur Verwirklichung des Mitbestimmungsrechts bei der gesetzlichen Regelung berücksichtigt werden sollen. Es wird höchste Zeit, daß die Arbeiter und Angestellten dem Bundestags-Ausschuß einmal plausibel machen, was sie von dem Mitbestimmungsrecht erwarten.

China senkt Lebensmittelpreise bis 40 Prozent

Zusammenbruch der Hungersnotlüge — Riesendamm am Yi-Fluß

Peking. (EB) Die Preise für die Hauptnahrungsmittel Reis, Hirse, Mehl und Zuckerrohr konnten in zahlreichen Städten der Volksrepublik China bis zu 40 Prozent gesenkt werden. In Schanghai verkaufen die staatlichen Läden den mandschurischen Reis um 5 Prozent billiger als auf dem freien Markt. In Hankau wurde der Reispreis um 25 Prozent herabgesetzt. In Siang die Weizenpreise um 40 Prozent.

Diese Erfolge sind auf die kürzlich von der zentralen Volksregierung beschlossenen Maßnahmen zurückzuführen, die die Zentralisation der Getreideversorgung zum Ziele haben. Sie sind die Antwort des chinesischen Volkes auf die Lügenmeldungen der westwärts orientierten Presse von einer angeblichen Hungersnot. Diese Hetzkampagne hat ihren Ursprung in den amerikanischen Getreidebörsen, die auf Millionen Tonnen nicht abzusetzenden Weizensitzen und ihrem verlorenen Markt in China nachtrauern. Das neue China ist auf dem besten Wege, sich mit Hilfe der Sowjetunion von den Nöten eines 30jährigen Krieges gegen seine kolonialen Unterdrücker und deren Helfer nicht nur zu erholen, sondern einen Lebensstandard zu erkämpfen, der ohne Beispiel im außersowjetischen Asien ist.

250 000 bauen einen Damm

Peking. (EB) Mehr als eine viertel Million Bauern, die an dem Yi-Fluß-Projekt in Nord-Kiangsu arbeiten, haben ein Drittel ihres Arbeitssolls für dieses Jahr erfüllt. Wenn dieser Bauabschnitt fertiggestellt ist, wird Nord-Kiangsu, ein 400 000 Hektar großes Uberschwemmungsgebiet, vor Ueberflutung geschützt sein. Die Volksregierung sorgt auch für die 500 000 Familienangehörigen der Bauern, die an den Deichen arbeiten.

Kanton. (EB) Die Volksregierung von Kwantung hat große Beträge für die Wiederherstellung der Dämme am Han-Fluß ausgesetzt.

Endlich wird es zugegeben

Hongkong. Militärische Beobachter in Hongkong äußern die Auffassung, daß es die Truppen Tschiangkai-Scheks auf der Insel Hainan kritisch geworden ist. Damit wird

zum erstenmale zugegeben, daß die Landungen der Truppen der Volksdemokratie Chinas erfolgreich gewesen ist.

Warum keine Konsequenz?

USA anerkennen Regierung, die nur nominell „Unabhängigkeit“ besitzt

Das glauben Sie nicht. Vielleicht denken Sie sogar, das ist wieder einmal so etwas, was die Kommunisten sagen, um für sich Propaganda zu machen. Sie irren sich. Schwarz auf weiß steht es am 15. April 1950 in einem Leitartikel der „New York Herald Tribune“, einem Blatt der Wallstreet: „Der vietnamesische Regierung Bao Dai, die wir anerkennen, wurde innerhalb der französischen Union nominelle „Unabhängigkeit“ gewährt. Diese Zusage ist aber so sehr durch Beschränkungen und Kontrollen umschrieben, daß die Bevölkerung Vietnams ihr gegenüber apathisch, ja, sogar feindlich gegenübersteht.“

Wenn diese Feststellung den Tatsachen entspricht, — und hieran sollte kein Zweifel bestehen — dann muß man die Macht haben in den USA die Frage richten, warum sie eine Regierung anerkennen, von der sie selbst eingestehen, daß sie nur nominell, d. h., nur auf dem Papier, Unabhängigkeit besitzt.

Frauen im Kampf um den Frieden

Berlin. (EB) In der Hauptstadt Deutschlands, in Berlin, treffen sich über 2000 Delegierte und Gäste aus ganz Deutschland und aus dem Ausland, die am 3. Bundeskongreß des Demokratischen Frauenbundes Deutschlands vom 21. bis 24. April 1950 in der Staatsoper teilnehmen.

Auf dem 2. Bundeskongreß 1948 stand im Mittelpunkt die Aufnahme des Demokratischen Frauenbundes Deutschlands (DFD) in der Internationale Demokratische Frauenföderation (IDFF). Auf dem 3. Kongreß wird der Rechenschaftsbericht vom jüngsten Erfolg, von der Gründung des DFD in Westdeutschland, stehen. Die Frauen aus Westdeutschland, die als Delegierte auf dem Kongreß anwesend sein werden, vertreten zehntausende westdeutscher Frauen, die sich in Berlin, mit den Frauen aus der

Warum, ihr Herren Amerikaner, zieht ihr nicht die Konsequenzen aus einer so klaren Feststellung?

Warum stützt ihr weiterhin Marionetten, wie Bao Dai und Tschiangkai-Schek und verleumdet Regierungen, die sich auf die wirklichen Volkskräfte stützen, wie die der Volksrepubliken von China und Indochina und auch die der Deutschen Demokratischen Republik?

Giftgas - eine westliche Waffe

Barbarische Kriegsvorbereitungen der Angloamerikaner

London. (EB) Wie der wissenschaftliche Mitarbeiter des Londoner „Daily Express“ zu melden weiß, wurden die Agenten des britischen Geheimdienstes und die Beamten des amerikanischen FBI, die in enger Zusammenarbeit stehen, mit der Ueberwachung der britischen Zentren beauftragt, die mit Forschungen und Versuchen über Giftgase befaßt sind.

Die anglo-amerikanischen Militärschefs, so schreibt der wissenschaftliche Mitarbeiter des „Daily Express“, hüten sorgfältig das Geheimnis ihrer Giftgasforschungen. Sie sind überzeugt, daß die von den Nazis erfundenen tödlichen Gase, die im zweiten Weltkrieg niemals angewandt wurden, nach der

Atomombe die beste Waffe darstellen. Der „Daily Express“ berichtet ferner, daß die amerikanische Regierung große Kredite für die Giftgasforschungen zur Verfügung gestellt hat. Im Arsenal von Eggewood und im Lager Detrick im Staate Maryland sind umfassende Laboratorien errichtet worden, die sich mit Forschungen und Experimenten über Vernichtungsangriffe durch Giftgas beschäftigen. Die Amerikaner hätten ein Giftgas entwickelt, das tausendmal stärker als Senfgas sein soll.

„Friedenstaube mit der Atomombe“

Moskau. Die sowjetische Literaturzeitung schreibt zu dem Vorschlag des französischen Ministerpräsidenten Bidault, einen „atlantischen Friedensrat“ zu bilden: „Bidaults Friedenstaube hält keinen Ölzeig, sondern eine Atomombe im Schnabel. Bidault habe sich die Aufgabe gestellt, die düstere Fassade des atlantischen Angriffsblocks mit idyllischen und friedlichen Farben zu bemalen.“

Auf dem Weg nach Peking

Kalkutta. Eine achtköpfige tibetanische Delegation ist auf dem Wege nach Peking in Kalkutta eingetroffen. Die Pekinger Regierung ist auf dem Funkwege über ihre Ankunft unterrichtet worden.



Brand in der Polarnacht

Roman von TICHON SJOMUSCHKIN
Copyright Verlag Kultur und Fortschritt, Berlin.

6. Fortsetzung

Auf der Flucht vor den Gesetzen der Weißen setzte Charlie Thomson über die Berge und landete auf der unbekanntesten Tschukschenhalbinsel. Er hatte gehört, daß es dort ebensoviel Gold gab wie in Alaska.

Als Charles Thomson zum erstenmal seinen Fuß auf dieses Land setzte, bestand sein ganzes Vermögen aus einer Hacke und einigen Geräten, die der Goldsucher unbedingt benötigt. Charles Thomson wußte genau, daß Gold ihm die Möglichkeit gab, gegen jedes Gesetz zu kämpfen, das gegen ihn gerichtet war.

Nachdem er sich in der Siedlung Loren niedergelassen hatte, machte Mr. Thomson sehr bald eine wichtige Entdeckung, die sein gesamtes späteres Leben von Grund auf änderte.

In Alaska hatte er die verschiedensten Menschen getroffen. Viel hatte er vom Gold der Tschukschenhalbinsel gehört, aber nie

war die Rede gewesen von ihrem Pelzreichtum. Als er hier ankam, erkannte er, daß man auch auf andere Weise Gold gewinnen konnte.

Als einzelner Mann in der öden, kalten Tundra zu graben und Erz zu waschen, war sehr schwer. Und das Leben des einsamen Goldsuchers ist dazu noch ein ständiges Risiko. Morgens konnte man steinreich sein oder vor Hunger eingehen wie ein Tier.

Und als Charles Thomson sah, wie die Schmuggler Pelze aufkauften schlug ihn diese edle Beschäftigung ganz in ihren Bann. Er sah mit eigenen Augen, wie das Gold in Gestalt von teuren Pelzen in die Hände der Schmuggler floß. An den Vorteilen dieses Geschäfts konnten keine Zweifel aufkommen. Die Schmuggler schlugen ihm vor, als ihr Agent zu arbeiten. Ohne einen Cent auf Grund einer einfachen Vereinbarung überließen sie ihm ein billiges Sortiment von Waren für die Eingeborenen.

Mr. Thomson nahm sich bald eine Tschukschenfrau und führte ein seßhaftes Händlerdasein in der Siedlung Loren.

Im nächsten Sommer blieb der Schoner der Schmuggler aus. Gerüchte kamen auf, daß er auf ein Riff aufgelaufen und untergegangen sei. Auch die Gentlemen, die einen mündlichen Vertrag mit Mr. Thomson abgeschlossen hatten, seien ertrunken.

Von diesem Glückstage an wurde Mr. Thomson Besitzer eines eigenen Kontos an der Daxter Hotton Nationalbank in Washington. Seine erste bedeutende Einzahlung die ihm der Verkauf von Pelzen ermöglichte blieb sein Leben lang in seiner Erinnerung. Seither ist viel Zeit vergangen, und die Hacke, mit der er auf der Tschukschenhalbinsel gelandet war, liegt jetzt auf einem Regal seines Ladens als Talisman, der Mr. Thomson in ein so gesegnetes Land geführt hat.

Charles Thomson war schon reich genug, und als anständiger Mensch, für den er sich hielt, machte er nicht mit Schmugglern, sondern mit einer wirklichen unbescholtenen Handelsfirma seine Geschäfte.

Jeden Sommer kam ein Schoner mit Waren aus Amerika zu ihm. Mehrere Tage hintereinander schleppten die Jäger, ohne den Rücken geradzubiegen, die verschiedensten Lasten an Land. Die Ballen lagen lange unbewacht am Ufer, und nie war Mr. Thomson auch nur ein Päckchen Tee, ein Würfelchen Zucker oder ein Täfelchen Tabak verschwunden. Hier, an diesen Ufern lebte ein außergewöhnlich ehrliches Volk. Obwohl die Warentot sehr groß war, fiel es keinem ein, Charlie zu bestehlen. Und wenn der Schoner weg war, wurden die Ballen nicht in die Speicher gebracht, weil sie hinter Schloß und Riegel gelegt werden mußten, sondern um sie vor Regen, Schnee oder Wind zu schützen.

Jeden Sommer händigte der Kapitän des Schoners an Charlie die Benachrichtigung aus, daß auf sein laufendes Konto für die Pelze vom Vorjahr zehn- bis fünfzehntausend Dollar eingezahlt worden waren. In den langen Winternächten, wenn der Schneesturm heulte, blätterte Mr. Thomson mit Hochgenuss in den Bankpapieren.

Wenn er sich daran satt gesehen hatte, legte er sie bis zum nächsten Male behutsam in das Käschen mit den Wertsachen. Die Einlage war so hoch, daß er allein von den Zinsen weiterleben konnte. Vor zwanzig Jahren hatte er von so einem Bankkonto nicht einmal zu träumen gewagt. Mr. Thomson dachte schon daran, dieses Land zu verlassen. Aber die Gewöhnung an das Leben hierzulande und der Wunsch, noch weitere zehn- oder fünfzehntausend Dollar zu verdienen, ließen ihn seine Reise von Jahr zu Jahr hinausschieben.

Nein, wirklich, weshalb sollte er von hier fort? In diesem Lande, dachte Mr. Thomson, habe ich als Vertreter der zivilisierten Welt die Stellung eines Gouverneurs in einer Kolonie, nach Amerika zurück? Nach Norwegen? Wozu? Um sich in dem Strom von Millionen nicht besonders glücklicher Menschen zu verlieren? Nein! Ich bleibe noch ein Jahr.

Der Laden Mr. Thomsons war primitiv, so wie alles an dieser Küste: die Wände aus verzinktem Wellblech, die Regale aus ungehobelten Brettern, die als Zwischenschicht bei der Befrachtung der Schiffsräume gedient hatten. Die gleichen Bretter, über zwei große Fässer gelegt, bildeten den Ladentisch.

Mr. Thomson war ein sparsamer Mann. Er wollte seine Dollars nicht vergeuden. Früher oder später würde er das alles doch verlassen. Seine Geschäfte im fremden Land waren vorübergehend.

Auf den Regalen lagen Tabak, roter Kattun, Perlen, Patronen, Kämme, Fingerhüte und Nadeln. An der Wand hingen als Muster drei Winchestergewehre verschiedener Kaliber, 25 x 20, 30 x 30 und 30 x 44. Diese drei Kaliber von der amerikanischen Firma Winchester waren unter den hiesigen Jägern am meisten gefragt.

Mr. Thomson sah selbst hinter dem Ladentisch. Er war ein beliebter Mann von etwa fünfundsünfzig Jahren mit einem quadratischen Gesicht. Unter den Augen und dem schweren Doppelkinn hingen tiefe Falten. Aus dem sauber rasierten, bleichen Gesicht ragte eine dicke, rotgefleckte Nase von ungewöhnlicher Größe. Dem Aussehen nach war Mr. Thomson ein gutmütiger, ruhiger Mensch.

Die Pelzhose und das warme, karierte Hemd, das aus der offenen Fellwindjacke herausah, verliehen ihm ein besonders schwerfälliges Aussehen.

Mr. Thomson schaute die Jäger, die sich in großer Zahl vor dem Ladentisch drängten, freundlich an und sagte: „Oh, very good! Heute ist ein großer Tauschtag!“ Die Jäger schoben Aje vor. Alle waren sehr besorgt um Mr. Thomsons Stimmung. Wie würde Charlie Rotnase heute kaufen? Der Jäger Aje überreichte ihm gelassen und würdevoll den Silberfuchs.

Badische Landwirtschaft in Not

Gesamtdeutsche Bauerntagung in Eisenach wird den Weg zur Gesundung weisen

Aus dem Parteileben

Die Krise in der westdeutschen Landwirtschaft nimmt von Monat zu Monat verhängnisvollere Formen an. Auch die südbadische Landwirtschaft, in der über 52 Prozent unserer Bevölkerung beschäftigt ist oder von ihr lebt, weiß nicht mehr ein noch aus.

Die für unser Land typische Wirtschaftsform ist die Parzellenwirtschaft. Diese erfordert, um überhaupt für den Bauern und Landwirt einen einigermaßen erträglichen Lebensstandard sichern zu können, eine intensive Bodenbearbeitung und den Anbau hochwertiger Handelsprodukte, wie Tabak, Wein, Hanf und Obst in der Rheinebene und Viehzucht im Schwarzwald.

Daher war unsere Landwirtschaft, um überhaupt existieren zu können, in weitem Maße auf den Austausch und Verkauf ihrer hochwertigen Erzeugnisse nach Ostdeutschland angewiesen. Mittelbadischer Tabak wurde in die sächsischen und thüringischen Verarbeitungsgebiete geliefert, badischer Wein wurde in Berlin genau so wie in Chemnitz oder Plauen getrunken und hunderttausende Zentner Obst gingen jährlich in die Großstädte Berlin, Dresden und Leipzig.

Dieser organisch gewachsene Güteraus- tausch und Verkauf zwischen Südbaden und Ostdeutschland wurde durch die willkürliche Zerreißung Deutschlands durch die westlichen Besatzungsmächte für unsere Landwirtschaft und Industrie rücksichtslos unterbrochen. Dazu kommt, daß durch die Marshallplanwirtschaft, die von der Bonner bauernfeindlichen Kolonialregierung willig akzeptiert wurde, ein Strom von ausländischen Landwirtschaftsprodukten ungehindert in Westdeutschland und damit auch in Südbaden einströmte. Ausländische Tabak, ausländische Weine und Südfrüchte, die durch die Versklavung der unter Kolonialverwaltung stehenden Bevölkerung von Ueberseegebieten und Afrika im Preise niedriger liegen, da man den Erzeugern nur Hungerpreise bezahlt, überschwemmen unsere Geschäfte und machen es unseren Landwirten immer schwerer, die einheimischen Produkte abzusetzen.

Unsere Bauern und Landwirte müssen voll Sorge in die Zukunft schauen. Sie wissen nicht mehr, wie sie angesichts der fortschreitenden Absatzkrise, die bei den letzten Weinmärkten in Mühlheim und Offenburg, sowie den Tabakversteigerungen in Mittelbaden sich zeigte, bei denen viele unserer Tabakpflanzer angesichts der untragbaren Steuerlasten und der Soforthilfeabgaben gezwungen waren, ihren Tabak zu Schleuderpreisen zu verkaufen, das Geld für Saatgut und Dünger hernehmen sollen.

Wenn der südbadische Landwirtschaftsminister, gezwungen durch die zunehmende Verelendung unserer Landwirtschaft feststellen muß, daß die südbadische Landwirtschaft mit 20 Millionen DM verschuldet ist und weitere 14 Millionen für die Soforthilfe bezahlt werden müssen, so ist schon damit die katastrophale Lage gekennzeichnet.

In einem Artikel der Bauernzeitung, die vom badischen landwirtschaftlichen Hauptverband herausgegeben wird, heißt es u. a.: „Wir möchten wünschen, daß aus jedem Dorf unserer Heimat mindestens ein Landwirt hätte zuhören können, welche Art der Behandlung diese selbstverständlichen Wünsche der badischen Landwirtschaft im Badischen Landtag gefunden haben. Das Erstaunen und die Enttäuschung würden zweifellos groß gewesen sein ...“

Die gefaßten Beschlüsse können wir der badischen Landwirtschaft schon heute mitteilen: 1. Die Landwirtschaftsabgaben werden nicht ermäßigt, sondern in alter Höhe erhoben; 2. die Landwirtschaft hat bei der Verwendung des Ertrages dieser Sondersteuer durch ihre berufständischen Vertreter kein Mitwirkungsrecht! Der badische Finanzminister hat gesiegt! Der badische Landwirtschaftsminister hat in der Verhandlung nicht Stellung genommen! Zahlreiche bürokratische Abgeordnete haben den vorstehenden Beschlüssen zugestimmt! Wiederum ist im Badischen Landtag die Ablehnung einer Forderung erfolgt, die von mindestens 90 Prozent aller Landwirte getragen war und deren Berechtigung von keinem gerecht Denkenden gestrichen werden kann.

Ist das „Landwirtschaftsfreundlichkeit“ der Badischen Regierung und des Landtages? Es hat sich das gleiche niederschmetternde Schauspiel wiederholt, wie wir es bei der Beratung über das Agrarreform-Gesetz zum ersten Mal erlebt haben. Ist dies die neue Demokratie?

Für unsere südbadischen Bauern steht die Frage nach einer Aenderung dieser untragbaren Zustände genau so dringend wie in Württemberg, Hessen, Schleswig usw. Aus diesem Grunde fanden sich vor einigen Wochen verantwortungsbewußte deutsche Bauern und Agrarwissenschaftler aus Ost und West, u. a. auch südbadische Teilnehmer, in Schierke zusammen, um in gemeinsamen Beratungen einen Weg zur Gesundung der deutschen Landwirtschaft zu finden.

Mit lebhaftem Beifall wurden auf dieser Tagung die Worte eines Freiburger Teilnehmers aufgenommen, der u. a. sagte, dem deutschen Boden müsse der größtmögliche Nutzen abgerungen werden, damit die Ueberschwemmung mit ausländischen Erzeugnissen, die die Landwirtschaft im Westen Deutschlands zu grunde richtet, ein Ende nehme. Die hoffnungslose Abhängigkeit von Washingtons charakterisierte er mit den Worten, es sei schon kein Unterschied mehr, ob die Handelsabmachungen

Westdeutschlands von den Vereinigten Staaten oder Bonner Beauftragten unterzeichnet würden. Die nationale Not des deutschen Volkes mache es notwendig, daß sich alle aufrechten Deutschen zur schnellsten Ueberwindung dieser Not zusammenfinden und trotz aller zuwiderlaufenden Bemühungen der Gegner des deutschen Volkes zusammenhalten. Die Oberhoheit über den inneren und außerdeutschen Handel müsse in die Hände des deutschen Volkes zurückgelegt werden.

Diese Tagung in Schierke und eine weitere Tagung west- und ostdeutscher Bauern, die in Hannover stattfand, hat gezeigt, was die Landwirtschaft in Ost und West gemeinsam hat und was sie gemeinsam erstrebt. Es hat sich gezeigt, daß überall, sei es im Austausch der Erzeugnisse oder im Austausch der Erfahrungen, die mitten durch unser Vaterland gelegten Grenzen sich hemmend und störend bemerkbar machen.

Die bisher durchgeführten Konferenzen haben alle Teilnehmer überzeugt, daß schnellstens ein gesamtdeutsches Gespräch der Bauern und Agrarwissenschaftler in noch größerem Umfang, wie es Schierke und Hannover war, notwendig ist. Der gesamtdeutsche Arbeitskreis der Land- und Forstwirtschaft, in dem auch südbadische

Agronomen und Bauern vertreten sind, hat daher beschlossen, vom 18. bis 20. Mai in Eisenach eine große gesamtdeutsche Beratung der Land- und Forstwirtschaft durchzuführen, zu der je 500 Teilnehmer aus Westdeutschland und der Deutschen Demokratischen Republik eingeladen werden.

Schon jetzt werden im Westen unsere Vaterlandes auf Bauernversammlungen die Delegierten zu diesem für die deutsche Landwirtschaft so wichtigen Kongreß gewählt. Unbedingt notwendig ist es auch für die südbadische Landwirtschaft, in allen für die nächsten Zeit stattfindenden Bauernversammlungen Delegierte, die die Sorgen der südbadischen Landwirtschaft vor dem gesamtdeutschen Bauernkongreß in Eisenach zur Sprache bringen, zu wählen. Nur durch das gemeinsame Handeln unserer Bauern aus Ost und West kann die fortschreitende Verelendung der westdeutschen Landwirtschaft aufgehalten und beseitigt werden.

Unsere südbadischen Landwirte und Bauern, die sich über die Ziele des gesamtdeutschen Arbeitskreises der Land- und Forstwirtschaft eingehend informieren wollen, werden gebeten, sich an den Landwirt Johann Baptist Krätzer in Zornegg bei Stockach zu wenden.

Regierung deckt Werbung zur Fremdenlegion

Die Landtagssitzung — Wie steht es jetzt mit der schweizer Kapitalbeteiligung?

Freiburg. Am Dienstag und Mittwoch tagte in Freiburg der Badische Landtag. Neben der Verabschiedung des Landesgesetzes über die Verlängerung des 1949 beschlossenen Mindesturlaubsgesetzes, eines Landesgesetzes über Staatsbürgerschaften in Höhe von 20 Millionen DM und der Behandlung zahlreicher, bis auf das Jahr 1947 zurückliegender Anträge, wurde vor allem zur Frage der deutsch-schweizerischen Kapitalbeziehungen auf mehrere Anträge der Kommunistischen Partei hin seitens der Regierung Stellung genommen.

Auf eine kurze Anfrage der KP, die die Regierung um Auskunft über die Tätigkeit der Werbebüros für die Fremdenlegion gebeten hatte, antwortete ein Regierungsvertreter, daß sich die Badische Regierung der Stellungnahme des Bundesjustizministeriums anschließen werde. Dieses erklärte seinerzeit auf eine ähnliche Frage, daß über die Werbemaßnahmen der Fremdenlegion und die Auswirkungen ihrer Tätigkeit keine zuverlässigen Unterlagen existieren würden, da deutsche Dienststellen und Organisationen mit der Angelegenheit nichts zu tun haben.

Im übrigen sei die Anwerbung zur Fremdenlegion nicht verboten (!), sondern falle in das Tätigkeitsgebiet der Besatzungsmächte. Da auch die Bundesregierung keine Schritte in dieser Hinsicht unternommen habe, sehe auch die Badische Regierung keine Möglichkeit, hiergegen vorzugehen (!).

175 Millionen DM von der Soforthilfeabgabe befreit

Außerordentlich geheimnisvoll tat die Regierung, als es in der Sitzung um die Beantwortung verschiedener Anträge der Kommunistischen Partei ging, die sich mit der Tatsache beschäftigten, daß Schweizer Staatsangehörige von der Soforthilfeabgabe befreit sind. In einem Antrag wurde gefordert, daß gegen diese Abmachung zwischen der Bundesregierung und der Schweiz seitens der Badischen Regierung protestiert wird.

Dieser Protest gegen eine Verletzung des Soforthilfegesetzes ist im übrigen um so notwendiger, wenn man durch den Finanzminister erfährt, daß sich die Höhe des durch diese Abmachung befreiten Vermögens bereits auf 175 Millionen DM in Südbaden beläuft!

Der Haushaltsausschuß hatte eine Behandlung des Antrages nicht für zweckmäßig gehalten, da hierdurch „außenpolitische Beziehungen“ berührt würden. Abg. Eckert erklärte hierzu, daß nicht nur rein schweizerische Betriebe in Deutschland von der Soforthilfeabgabe befreit seien, sondern auch Unterlegen vorhanden sind, daß eine bedeutende Firma mit Schweizer Kapitalbeteiligung Verhandlungen führt, um für

den gesamten Betrieb eine Befreiung von der Soforthilfeabgabe zu erreichen. Die private Abmachung zwischen dem Schweizer Bundesrat und den bizonalen Behörden sehe im übrigen vor, daß die Schweizer Staatsangehörigen verpflichtet sind, ihre Vermögenswerte in Deutschland anzumelden.

Ein Antrag der KPD forderte deshalb von der Regierung eine spezialisierte Uebersicht über den Umfang der Schweizer Kapitalbeteiligung und sonstigen Vermögenswerte, Grund und Boden usw., vorzulegen. Der Finanzminister versprach, diese Unterlagen zu beschaffen. Außerdem gab der Minister die Erklärung ab, daß er Verhandlungen über Vergünstigungen deutsch-schweizerischer Kapitalgesellschaften für völlig ausgeschlossen halte und nicht erwogen werde, Betriebe zu begünstigen, die mit Schweizer Kapitalanteilen arbeiteten.

Regierung verweist Arbeitslose an die Fürsorge

Die Kommunistische Partei hatte weiterhin den Antrag gestellt, den Forderungen des Lehrer Erwerbslosenausschusses zu entsprechen und seitens der Regierung Mittel bereitzustellen, um eine allgemeine Beihilfe für die Arbeitslosen zu ermöglichen. Die Regierung erklärte hierzu, daß für eine generelle Beihilfe keine Mittel vorhanden seien, es den Erwerbslosen aber frei stehe, sich an die Fürsorge zu wenden (!). Ebenso wurde von der Landtagsmehrheit ein Antrag der KPD und SPD abgelehnt, der eine gesetzliche Regelung des Ladenschlusses auf der Grundlage der gewerkschaftlichen Forderungen verlangt hatte.

Eine Debatte entspann sich zu der Frage der Restitutions, wozu seitens der CDU-Abg. Dr. Schlapper erklärt wurde, daß eine die Ansprüche der jüdischen Restitutionsberechtigten vertretende Organisation, die YRSO, bereits 163 000 Anträge gestellt habe, und die Ansprüche dieses amerikanischen Initiative zurückgehenden trustartigen Gebildes auf über 37 Milliarden Goldmark geschätzt werden.

KPD fordert 60.— DM Gehaltszulage für Polizeibeamte

In einem Antrag der CDU wurde die Regierung ersucht, den im Außendienst tätigen badischen Gendarmerie-, Polizei- und Kriminalpolizeibeamten eine Gefahrenzulage von monatlich 30 DM zu gewähren. In der Beratung stellte Abg. Eckert fest, daß die südbadischen Polizeibeamten gehalten sind, 60 DM monatlich schlechter gestellt zu sein als ihre Kollegen in Nordbaden. Deshalb hätte der Ausschuß gleichzeitig beschließen sollen, die südbadischen Polizeibeamten mit ihren nordbadischen Kollegen gleichzustellen und ihnen darüber hinaus

eine Gefahrenzulage von monatlich 30 DM zu gewähren.

Die Berechtigung dieser letzten Forderung wird durch die jüngsten Vorfälle in Offenbach erhärtet, die gezeigt haben, welche turbulenten Bedingungen die Beamten in ihrem Außendienst unterliegen.

Schließlich wollen wir zu unserem gestrigen Landtagsbericht nachtragen, daß ein Zusatzantrag der KPD, der eine Erhöhung des Mindesturlaubs für Schwerbeschädigte um 6 Tage gefordert hatte, von den übrigen Parteien abgelehnt wurde.

Das wäre eine Lösung gewesen, die unbeachtet des nötigen Neubaus einer Volksschule, wenigstens vorläufig befriedigend ausgefallen wäre. Nun hat der Wiederaufbauausschuß noch einen Plan ausgearbeitet, der insgesamt 9 Schulräume vorsieht. Die Kosten würden sich auf ca. 310 000 DM belaufen einschließlich der Inneneinrichtung.

Nachdem Stadtrat Stier CDU vergeblich auf einen Wiederaufbau der zerstörten Mädchenschule plädiert hatte und dabei von Rastatts traditionsfreudigen Oberbürgermeister Jäger unterstützt wurde, entschloß sich der Stadtrat für den vorgeschlagenen Anbau an der neuen Handels- und Gewerbeschule. Der Wunsch der fortschrittlichen Stadträte, den Volksschülern das neue Gebäude möglichst bald zur Verfügung zu stellen, damit die katastrophalen Verhältnisse endlich aufhören, wurde überstimmt.

Die Debatte darüber war im wahrsten Sinne eine Treppenhausedebatte. Man kann es nach der Meinung der CDU-Stadträte und einiger gut bürgerlicher Kollegen den „höheren Handels- und Gewerbeschülern“ nicht zumuten mit den Volksschülern zusammen ein Treppenhäus zu benutzen.

Nicht vergessen werden darf dabei, daß diese Schule eine Quelle für den Stadtsäckel werden soll. Der Kreis will 35 000 DM Miete dafür bezahlen. Mit Rücksicht auf die fest-

Freiburg. Am kommenden Freitag, 21. 4. 1950 findet um 20 Uhr die nächste Sitzung des Stadtvorstandes Freiburg in der Vaubanstraße 12 statt. Auf der Tagesordnung steht der Bericht über die bisherige Durchführung des in der letzten Sitzung beschlossenen Arbeitsplanes und den Stand der Vorbereitungen zu den Neuwahlen. Es wird deshalb von allen Genossen Funktionären erwartet, daß sie pünktlich in der Sitzung erscheinen. Die Genossen des Sekretariats und die Instruktoren der einzelnen Organisationseinheiten werden gebeten, bereits um 19.30 Uhr zu einer wichtigen Besprechung zu erscheinen.

Neustadt. Am Sonntag, dem 23. 4. findet um 9 Uhr im Gasthaus zum Hirschen in Neustadt eine Kreisarbeitstagung statt. Die Genossen werden gebeten, pünktlich zu erscheinen.

Waldshut. Am Samstag, 22. April, abends 20 Uhr, findet im „Schwanen“ in Waldshut eine Mitgliederversammlung statt, wozu alle Genossen eingeladen sind.

Am Sonntag, 23. April, um 9 Uhr, findet im selben Gasthaus eine Kreiskonferenz statt, zu der alle Funktionäre der Ortsabteilungen sowie die Genossen aus den Massenorganisationen eingeladen sind. Gen. Kaufmann von der LL wird bei dieser Sitzung anwesend sein.

Lörrach. Am Samstag, den 22. April, abends 20 Uhr, findet im „Gasthaus zum Reichsadler“ die Pflicht-Mitgliederversammlung der Wohnbezirksgruppe Lörrach-West, statt.

Grenzach. Am Samstag, den 22. April, abends 20 Uhr, findet im „Gasthaus zum Ochsen“ unsere Pflicht-Mitgliederversammlung für den Monat April statt. Um vollzähliges Erscheinen wird ersucht.

Lörrach. Am Montag, den 24. April, 20 Uhr, findet eine wichtige Funktionärsitzung für das gesamte Stadtgebiet auf dem Kreissekretariat, Feldbergstr. 7, statt.

Lörrach. Am Donnerstag, den 27. April, 20 Uhr, findet unsere Pflicht-Mitgliederversammlung der Betriebsgruppe Conrads-Nachfolger im Gasthaus zur „Traube“ statt. Wir bitten um vollzähliges Erscheinen.

Unbefriedigende Lösung der Rastatter Schulraumfrage

Rastatt (Volkskorrespondent). Am Montag stand in der öffentlichen Stadtratssitzung wieder einmal die seit schon beinahe legendär gewordene Schulfrage auf der Tagesordnung. Nach einer teilweise sehr hitzig geführten Debatte schloß der Stadtrat mit dem sehr knappen Stimmenverhältnis 7:6 den früher gefaßten Beschluß um und kam zu einem wahrscheinlich endgültigen Ergebnis. Der alte Beschluß besagte, daß die Volksschule in die Räume des neu errichteten Gebäudes in der Karlsstraße sofort nach Fertigstellung am 1. 6. einzuziehen solle.

Das wäre eine Lösung gewesen, die unbeachtet des nötigen Neubaus einer Volksschule, wenigstens vorläufig befriedigend ausgefallen wäre. Nun hat der Wiederaufbauausschuß noch einen Plan ausgearbeitet, der insgesamt 9 Schulräume vorsieht. Die Kosten würden sich auf ca. 310 000 DM belaufen einschließlich der Inneneinrichtung.

Nachdem Stadtrat Stier CDU vergeblich auf einen Wiederaufbau der zerstörten Mädchenschule plädiert hatte und dabei von Rastatts traditionsfreudigen Oberbürgermeister Jäger unterstützt wurde, entschloß sich der Stadtrat für den vorgeschlagenen Anbau an der neuen Handels- und Gewerbeschule. Der Wunsch der fortschrittlichen Stadträte, den Volksschülern das neue Gebäude möglichst bald zur Verfügung zu stellen, damit die katastrophalen Verhältnisse endlich aufhören, wurde überstimmt.

Die Debatte darüber war im wahrsten Sinne eine Treppenhausedebatte. Man kann es nach der Meinung der CDU-Stadträte und einiger gut bürgerlicher Kollegen den „höheren Handels- und Gewerbeschülern“ nicht zumuten mit den Volksschülern zusammen ein Treppenhäus zu benutzen. Nicht vergessen werden darf dabei, daß diese Schule eine Quelle für den Stadtsäckel werden soll. Der Kreis will 35 000 DM Miete dafür bezahlen. Mit Rücksicht auf die fest-

liche Fruchthalle und die pompose Leichenhalle, kann man natürlich nicht erwarten, daß sich die Stadt eine solche ergebliche Einnahmequelle entgehen läßt. Die Volksschule muß eben noch warten bis erstens die alte Gewerbeschule frei wird und zweitens bis der Anbau an die neue Gewerbeschule fertig wird. Optimisten rechnen bis zum April nächsten Jahres.

Ob Jäger mußte sich im Verlauf der Sitzung einige Vorhaltungen in bezug auf die Führung der Sitzung gefallen lassen. Es wurde unter anderem verlangt, daß das Protokoll der letzten Sitzung immer vorzulegen habe.

Neben einigen Zusageanträgen stand noch der Bebauungsplan der Friedrichsstraße zur Debatte und wurde einstimmig genehmigt.

Gaggenauer Bevölkerung! Zeichnet euch ein für den Frieden

Gaggenau. Die erwachsene Bevölkerung unserer durch den letzten Krieg schwer heimgesuchte Stadt gibt ihre Stimme für den Frieden und zeichnet sich deshalb ein in die Liste, die ab Montag, 24. April bis einschließlich 29. April in Rathaus aufliegt. Näherer Hinweis am Rathaus.

Arbeitersänger! Herhören!

Lörrach. Alle ehemaligen Anhänger, aktive wie passive Mitglieder des ehemaligen Arbeiter-Gesangsvereins „Freundschaft“, und alle, die es werden wollen, treffen sich am kommenden Samstag, den 22. April, abends 20 Uhr, in der Traube, im Nebenzimmer, Belchenstraße, zur 3. Besprechung und Neugründung, sowie Namensbenennung. Alle Arbeiter, die den Gesang und ganz besonders Freiheits-Chöre lieben, sind zur Neugründung eingeladen.

Schwarzwaldverein Freiburg

Freiburg. Am Sonntag, 23. April 1950, findet eine Nachmittagswanderung statt. Abfahrt um 13.15 Uhr, an der Johanneskirche mit Omnibus nach St. Georgen. Wanderung: Ebringen - Lagersattel - Berghausen - Kapelle - Schönbergerhof - Uffhausen. Gezeit: 3 1/2 Stunden. Führung: Göpferich, Tritschler.

Plätze für Schwerhörige im Freiburger Theater

Freiburg. Die Stadt Bühnen geben bekannt, daß seit den Osterferien auf einer Reihe von Plätzen im Parkett Apparate für Schwerhörige eingebaut wurden.

Das Deutschlandtreffen wird das Treffen der gesamten deutschen Jugend sein!

Kopfhörer-Anschlüsse für Schwerhörige befinden sich in der 19. Parkettreihe. Schwerhörige werden darauf hingewiesen, daß es zweckmäßig ist, für sie in Frage kommende Plätze am ersten Kartenvorverkaufstag (also 3 Tage vor einer in Frage kommenden Vorstellung) an der Kasse im Großen Haus zu bestellen.

Die Speyerer Symphoniker kommen

Donauessingen. Mit einem volkstümlichen und doch musikalisch recht anspruchsvollen Programm werden die Speyerer Symphoniker unter der Leitung von Kapellmeister Günther Weigmann am Samstag, 22. April 1950, abends 20 Uhr, in der Stadt Festhalle Donauessingen gastieren. Sie spielen die IV. Symphonie Es-dur von Anton Bruckner, die sogenannte Romantische, in Originalfassung. Eingeleitet wird das Konzert durch die symphonische Dichtung „Les Preludes“ von Fr. Liszt und durch Richard Wagners Ouvertüre zur Oper „Tannhäuser“.

Auf Lummenjagd

Von Manfred P. Hummel

Die Brüder Börensson haben sich die schweren Hanfseile über die Schultern gehangen und treffen die letzten Vorbereitungen für den Aufbruch. Schweigend hantieren die Männer, während draußen um die Blockhütten der Sturm tobt und im Gebälk rüttelt. Besorgt schaut ihnen ihre einzige Schwester Brita zu.

Selten, daß sich auf der Insel Vaagö, einem winzigen Eiland der Faröer, die zu den Shetlandinseln gehören, das Wetter lichtet und das Getöse zur Ruhe kommt. Kein guter Tag für die Männer dieses kleinen, tapferen Inselvölkchens, dessen Leben oft gefährlich verläuft. Mancher Vaagöer, der frühzeitig zum Vogelfang hinaus wollte, hatte die Fanggeräte wieder zur Seite gestellt.

Die Jagd auf Lummen ist das einzige Handwerk der Männer, von dem sie und ihre Familien leben. Die Inseln sind kahl und felsig, und es wächst nichts, was die Ernährung dienen könnte. Sie haben nur, die Fischerei und den Vogelfang.

Beim Verlassen der Hütte umfängt die Brüder der Sturm, und sie stampfen hinaus in die Riffe.

Die Faröer Felsen haben die Eigenart, auf der einen Seite allmählich als grasbewachsene Böschungen abzustiegen, um dann Hunderte von Metern senkrecht ins Meer abzufallen. Und in diesen unzugänglichen Gesteinswänden nisten sich zu Millionen die kreischenden Scharen der Seevögel.

Lummen (Urja) zu jagen, erfordert größte Geschicklichkeit und Körperbeherrschung des Vogelfängers. Diese samtbraunen Seevögel mit dem weißen Unterleib und dem schwarzen Schnabel haben ihre Brutplätze auf steil aufsteigenden Schären oder einzelnen Felsen und Riffe, die sich unmittel-

bar vom Gestade erheben und reich an Gesteinsvorsprüngen und Spalten sind. Nur dort kann der Vogelfänger Beute machen.

Jeder Vogelberg gleicht einem ungeheuren Bienenstock; denn eine Wolke von Vögeln umlagert ihn immer. Hunderttausende sitzen, scheinbar in Reihen geordnet, die weiße Brust dem Meer zugekehrt auf allen Spitzen und Winkeln, überhaupt da, wo es einen Sitzplatz gibt. Hunderttausende fliegen von oben nach unten, von unten nach oben, große Massen von Lummen fischen und tauchen außer diesen noch tief unten im Meer.

Die ausgedehnteste Felswand ist überfüllt mit Seevögeln; und jeder einzelne begnügt sich und niemals sieht man sie steilen.

Von den Vogelfängern werden die Felsen regelmäßig abgeerntet und geben eine reiche Ausbeute an Eiern und Jungen.

Die Eier werden weit in den Norden exportiert, wo sie als Delikatesse gelten, während die Jungen eingepökelt den Inselbewohnern im Winter als Nahrung dienen.

Oben angelangt bietet sich den Fingern das altgewohnte Bild: tief unten brandet das Meer an die Basaltsteine und turmhoch spritzt die Gischt an den Felswänden empor. Immer neue Wogen rollen aus dem unendlichen Weite des Ozeans an das einsame Felsgestade. Der Lärm der Möven und Lummen tönt über der Felswand. Ein unaufhörliches Abstoßen und Anfliegen, Rauschen und Flügelschlagen sieht und hört man, als ob die ganze Wand in Bewegung wäre.

Mit gewohntem Griff legen die Brüder Börensson das starke Seil um einen Felsvorsprung. Langsam gleitet es in die Tiefe. Bald danach sind beide verschwunden und während des Hinabschwingens bewegt sich das Hanfseil über die messerscharfen Stein-

kanten. Endlich sind sie auf ihrem Stand angekommen.

Ein Vogelschwarm nähert sich der Felswand und fliegt an den beiden Jägern vorbei. Im gleichen Augenblick schnellen zwei Fangnetze, an langen Stangen befestigt, in die graue Vogelmasse und werden schnell wieder zurückgerissen. Sie müssen exakt arbeiten, sonst reißt der nachfolgende Schwarm die Netze mit fort, und die Fänger würden von der Wand in die Tiefestürzen.

Ein paar Griffe in das Netz — und die kreischenden Seepapageien liegen mit verdrehtem Hals auf dem Gestein. Wieder fliegt die lärmende Woge vorbei, und wieder schnellen die Netze hinaus, um ebenso flink mit der Beute zurückzukommen.

Da zuckt einer der Fänger zusammen. Das Seil! — Aber es ist schon zu spät. In sieben bis acht Meter Entfernung von ihrem Standort hängt das Seil in die Tiefe. Sie haben sich unvorsichtigerweise davon losgemacht, und der Wind hatte es aus der Befestigung herausgerissen. Dadurch sind sie vom Rückweg abgeschnitten. Wer aber kann Rettung bringen in der Einöde, wo jeder Ruf unbeachtet verhallen muß?

Sie versuchen mit den Netzstangen das Seil an sich heranzuziehen. Aber vergebens, denn der Sturm treibt es ab.

Der Ältere mahnt zur Ruhe, und bald verzichten beide wieder ihr Handwerk. Zug um Zug häuft sich der enge Felsvorsprung mit unzähligen Vogelleibern.

Die Nacht bricht herein. Neben den toten Vögeln richten sich die Brüder ihr Lager und schlafen abwechselnd, während einer die Wache übernimmt, bis in den kommenden Morgen.

Der Jüngere blickt in die aufziehende Nebelwand, die immer milchiger und diesiger wird. Dreihundert Nebel- und Regentage im Jahre gibt es auf Vaagö, und bald ist die letzte Hoffnung erloschen, daß auch nur ein Mensch an diesem Tag die schützende Blockhütte verläßt und ihnen zu Hilfe kommt.

Den Fang haben sie eingestellt und die Brüder hängen eigenen Gedanken nach und versuchen, einen rettenden Weg zu finden.

Nichts! — Es gibt keinen Ausweg. Dann bricht die zweite Nacht über sie herein.

Das Kreischen der Vögel hat nachgelassen. Sie haben sich in ihren Felshöhlen verkrochen. Wieder ein unruhiger Schlaf neben der Beute, wieder abwechselnde Wache und gemeinsames Hoffen auf die Rettung.

Es geht auf den neuen Tag zu, als ein frischer Wind über das Meer streicht und die Nebelwand auseinanderfetzt. Schwach und widerstandslos können sich die Brüder kaum noch halten. Aber da — eine freudige Regung erfaßt sie. Einer deutet mit ausgestrecktem Arm auf das Seil. Es hängt nicht mehr hinab, sondern der Wind treibt es ihnen entgegen, und wenn sie Glück haben, können sie nun das Seil zu packen bekommen. Wankend und keuschend binden sie die beiden Hatzstangen zusammen. Endlich gelingt es, das Seil zu fassen. Vorsichtig zieht es der Fänger zu sich heran.

Ge-ret-tet! Krampfhaft halten sie das Seil in den Händen, und sofort beginnen sie mit dem Aufstieg. Jeder mit einem umfangreichen Kranz von gefangenen Vögeln auf dem Rücken und einem Umhängekorb mit Eiern vor der Brust klettern sie an der Felswand hinauf.

Nach einiger Zeit des Ausruhens schleppen sich die beiden Vogelfänger den Abhang hinunter ins Dorf.

In der gewärmten Hütte tritt dann jeder der Dorfgemeinschaft stumm vor sie hin und drückt ihnen in stiller Freude die Hand. Sie können es nachfühlen, was den Beiden in den vergangenen Stunden begegnet ist, aber sie machen nicht viel Aufhebens davon.

Da tritt Brita über die Schwelle. Mit einem freudigen Aufschrei liegt sie den Brüdern in den Armen und in ihre verweinten Augen kommt wieder der kühle Stolz, der den Mädchen von Vaagö eigen ist.

Durch Anwendung der Dokumente die Praxis ändern

Erste Generalversammlung der Wohngebietsgruppe Oberwehre der KPD

Freiburg. Die Wohngebietsgruppe Oberwehre führte am vergangenen Samstag ihre erste Generalversammlung zur Vorbereitung der Neuwahlen durch. Zu Beginn stellte der Vorsitzende fest, daß die Resolution der 14. Tagung des Parteivorstandes in zwei Mitgliederversammlungen behandelt wurde, wobei die Vorbereitung derselben durch die Leitung zur Folge hatte, was sich besonders in der Durchführung des 8. März zeigte. Obwohl die Beteiligung der Genossen der Wohngebietsgruppen auch in der regelmäßigen Funktionärsschulung des Kreises positiv zu bewerten sei, mußte im Rechenschaftsbericht festgestellt werden, daß es die Wohngebietsleitung nicht zur Genüge verstanden hat, die Schulung mit der praktischen Arbeit zu verbinden, was sich in der mangelhaften Durchführung der gefaßten Beschlüsse, dem mangelhaften Vertrieb der Literatur und der Kassierung zeigte. Er erwähnte, daß die Wohngebietsgruppe beim Sonderverkauf „Unser Tag“ vierzehntägig regelmäßig etwa 100 Zeitungen vertrieb. Die Tatsache aber, daß die verantwortlichen Genossen der Leitung nicht entsprechend dem Beschluß die gesamte Mitgliedschaft zum Zeitungsverkauf herangezogen haben, hat dazu geführt, daß diese Genossen jetzt mit der Begründung, sie müßten alles allein tun, darauf hinweisen, daß es unmöglich ist, den Vertrieb im bisherigen Umfang weiterzuführen.

Jeder Genosse verkauft 10 Mai-Zeitungen
Zur Frage der Unterschriftensammlung für den Frieden wurde an Hand des Beispiels des Betriebs SiW, dessen Belegschaft nahezu 100prozentig unterschrieben hatte, und dem Hinweis, daß allein 12 Genossen

der Wohngebietsgruppe 454 Unterschriften sammelten, die großen Möglichkeiten der erfolgreichen Durchführung dieser Aktion aufgezeigt. Zur Frage des Deutschlandtreffens der Jugend konnte festgestellt werden, daß der Wohnbezirk drei Patenschaften für Jugendliche übernommen hat und eine Zehnergruppe die Kosten für die Fahrt eines Jugendlichen bereits aufgebracht hat. In der Diskussion wurde betont, daß eine große Schwäche des Stadtteils im mangelnden Kontakt der Leitung zu den Mitgliedern und zwischen den Mitgliedern selbst bestünde. Dies sei eine der Ursachen der unregelmäßigen Beteiligung der Genossen an den Mitgliederversammlungen und der Arbeit der Partei. Eine weitere Schwäche liege darin, daß noch immer ein Teil der Genossen „Unser Tag“ nicht liest und deshalb mit der Politik der Partei nicht vertraut ist. Es wurde deshalb vorgeschlagen, eine entsprechende Kontrolle durchzuführen und alle Genossen für „Unser Tag“ zu gewinnen. Weiter wurde vorgeschlagen, daß zum 1. Mai jeder Genosse 10 Zeitungen der 1.-Mai-Nummer verkauft und daß diese deshalb bereits am Donnerstag, spätestens Freitag früh in den Händen der Genossen sein müßte. Der Redaktion wird vorgeschlagen, daß sie sich in der 1.-Mai-Nummer eingehend mit dem in der DDR am Kampftag der Werktätigen in Kraft tretenden Gesetz zum Schutz der Arbeit beschäftigt.

Verstärkte Behandlung der ideologischen Probleme
Mit Recht wurde an Hand des Verhaltens des Vertreters der Partei im Kreisrat, der im Gegensatz zur Auffassung der Partei dem Haushaltsplan 1950 seine Zustimmung gab, obwohl dies eine schwere Belastung der breiten Schichten der Bevölkerung des Landkreises bedeutet, die Notwendigkeit

der verstärkten Behandlung der ideologischen Probleme auf der Grundlage der Dokumente der Partei unterstrichen. Das muß dazu beitragen, stärker das Moment der Kritik und Selbstkritik zu entwickeln. Schließlich muß sich die erfolgreiche Behandlung in der Veränderung der Praxis und der Hebung des Verantwortungs- und Bewußtseins der Funktionäre und der Mitglieder zeigen. Es wurde festgelegt, daß die eingeleitete Diskussion in der nächsten Mitgliederversammlung kritisch fortgesetzt wird, um vor allem zu helfen, die aufgetretenen Schwächen in der Kommunalpolitik zu überwinden.

Kritik und Selbstkritik

Schließlich wurde die Leitung mit der Ausarbeitung einer Resolution beauftragt, die entsprechend den Richtlinien des Parteivorstandes zur Vorbereitung der Neuwahlen, zur Arbeit der Wohngebietsgruppe und ihren Aufgaben Stellung nimmt. Diese Resolution muß mit der persönlichen Einladung zur nächsten Mitgliederversammlung den Genossen zugestellt werden und als Diskussionsgrundlage der nächsten Versammlung und der Vorbereitung der Neuwahlen dienen. Die Schwäche der Versammlung lag darin, daß der Rechenschaftsbericht wohl in der Leitung vorbesprochen wurde, aber nach seiner Ausarbeitung durch den Vorsitzenden nicht schriftlich vorgelegt und daß die Diskussion diesmal zu wenig vorbereitet wurde. Dies wurde auch abschließend vom Vorsitzenden in seinem Schlußwort selbstkritisch festgestellt und daß gerade eine der wesentlichsten Aufgaben der Vorbereitung der Neuwahlen ist, eine kollektive und arbeitsfähige Leitung zu schaffen, die befähigt ist, die Politik der Partei in ihrem Gebiet durchzuführen.

Cherbourg im Belagerungszustand

Ein Bild, das an den Krieg erinnert — Reportage unseres C. B.-Berichterstatters

Cherbourg, der französische Atlantikhafen, hat über Nacht ein anderes Gesicht erhalten. Dort, wo der Krieg gewaltige Spuren hinterlassen hat, welche heute, 5 Jahre später, immer noch von dem gewaltigen Ringen zeugen, ist über Nacht eine andere Stadt entstanden. Keine neuen Wohnhäuser, keine Schulen, sondern Stacheldrahtsperrn, spanische Reiter wurden errichtet. 5000 CRS und Polizisten bevölkern die Straßen der Stadt und hauptsächlich die Umgebung des Hafens (450 Mann auf 1000 Einwohner). Niemand darf ohne Ausweis in den Straßen verkehren und zum ersten Male wurde die große Drehbrücke eröffnet, was die Menschen daran hindert, sich in den anderen Stadtteil zu begeben.

Dieses Bild erinnert an den Krieg
an die Nazibesetzung. Nein, viel schlimmer noch: Cherbourg hat eine solche Belagerung noch nie gesehen. Und warum das? Warum hat die Regierung Tausende von CRS abgeboten und die Stadt in eine Festung verwandelt?

Im Hafen liegt das USA-Schiff „American-Importer“ mit 7000 Tonnen Kriegsmaterial beladen vor Anker und wartet auf das Löschen seiner Fracht. Es ist das erste Schiff, welches mit Kriegsmaterial für den Angriffskrieg gegen die Sowjetunion beladen, einen Hafen des französischen Mutterlandes anlaufen hat.

Und trotz dieses gewaltigen Polizeiaufgebotes gelingt es, hauptsächlich den Frauen, in der ganzen Stadt Flugblätter zur Verteilung zu bringen, welche die Bevölkerung auffordern, gegen das Ausladen des amerikanischen Kriegsmaterials und gegen die Zerstörung ihres Hafens zu kämpfen. Auch bei den Eisenbahnern, bei denen die Empörung gewaltig ist, werden solche verteilt. Doch überall auf den Bahnhofs- und Geleiseanlagen, haben CRS Aufstellung genommen. Eisenbahnwagen werden nach

dem Hafen verbracht, auf welche sofort die Kanonen durch Soldaten aufgeladen werden. Von 350 Dockarbeitern sind nur 100 auf dem amerikanischen Schiff beschäftigt und von denen wiederum arbeiten nur einige in den Laderäumen. Auch dort sind es die Soldaten, welche die Arbeit ausführen. Die meisten dieser Hafenarbeiter also, haben sich geweigert, Kriegsmaterial auszuladen, und dies trotz der Not und des Elendes, welche in ihren ärmlichen Arbeiterwohnungen seit einiger Zeit an der Tagesordnung sind. Gerade diese große Not ist es (sowie der Hunger), auf welche die Regierung zählt, um die Hafenarbeiter zum Nachgeben zu zwingen. Sie will aus ihnen menschliche Wracks machen, denn solche, so glaubt sie, sind besser zu „überzeugen“.

Es ist aber ohne Zweifel die große Angst, welche die Regierung so handeln läßt, sonst hätte sie es nicht nötig gehabt, 5000 CRS zu mobilisieren, an 100 Dockarbeitern eine Beschäftigung aufzuzwingen, welche diese ablehnen. Eines Tages aber, wird die Geschichte von der Größe der Handlung dieser Docker sprechen, welche solche Arbeit verweigert haben, obwohl sie seit Januar nur einige Tage gearbeitet haben. Viele unter ihnen sind keine Kommunisten, sondern Menschen wie noch Tausende andere, welche den Frieden wollen.

Aus Protest haben die Eisenbahner des Innendienstes während einer Viertelstunde die Arbeit niedergelegt; auch das Personal des Zentralbüros der Main d'Oeuve hat gegen die Regierungspolitik protestiert und ist in den Streik getreten. Am Freitagabend wird eine große Protestkundgebung stattfinden. Bezeichnend ist noch, daß französischen Journalisten das Betreten des Hafens verweigert wurde, während ausländische und hauptsächlich amerikanische Journalisten sich frei bewegen konnten.

SPORT-ECHO der Woche

Vorentscheidungen im Kampf um die Plätze

Wird Konstanz in Reutlingen die Meisterschaftspunkte liefern? / Singen und Ebingen vor schweren Aufgaben

Im Hinblick auf die Platzierung für die Zuteilung zur geplanten Oberliga Gruppe II ist jedes Spiel am kommenden Sonntag von großer Bedeutung, während die Abstiegsfrage unter diesen Umständen nicht mehr interessieren dürfte, da alle Vereine außer den ersten fünf absteigen müssen. In dem Spiel Reutlingen—Konstanz spricht allerdings auch noch die Meisterschaftsfrage mit, da Reutlingen noch ein Spiel gewinnen muß, ehe die Meisterschaft offiziell proklamiert werden kann. Die Konstanzler werden natürlich gerade einen Punktgewinn in Reutlingen erstreben, da sie dadurch ihre Aussichten auf den fünften Platz erheblich verbessern würden. Nach dem hohen Sieg der Konstanzler über Offenburg erscheint ein Remis der Seehasen in Reutlingen nicht so abwegig zu sein. Singen wird in seiner jetzigen Form in Tübingen nichts erben können und den zweiten Tabellenplatz an den Freiburger FC abtreten müssen — vorausgesetzt, daß dieser in Friedrichshafen gewinnt, was ja auch noch nicht sicher ist. Ebingen steht vor einer schweren Prüfung in Kuppenheim und wird einer Niederlage kaum entgehen, wenn die Kuppenheimer, die sich ja auch noch Hoffnungen auf einen der fünf ersten Plätze machen.

wieder mal ihre Schießstiefel angezogen haben. Rastatt wird beim SC Freiburg auf Sieg spielen müssen, wenn es den Anschluss an die Spitzengruppe nicht ganz verlieren will, aber der Sportclub ist daheim nicht so leicht unterzukriegen und Rastatts Aussichten auf doppelten Punktgewinn sind recht schwach. Schwenningen wird auf eigenem Platz den Tabellenvorletzten Trossingen sicher schlagen.

Landesliga Südbaden

Da sich die beabsichtigte Neueinteilung der Oberliga auch in den unteren Klassen auswirken muß, so ist für die Vereine der Landesliga ein möglichst hoher Tabellenplatz von Wichtigkeit. Wenn Schopfheim am kommenden Sonntag in Gutach gewinnt, winkt ihm der zweite Tabellenplatz, da Achern spielfrei ist und St. Georgen in Stockach auch noch nicht gewonnen hat. Schopfheim wie St. Georgen gewannen zwar ihre Vorspiele hoch je 7:1, aber in Gutach und Stockach hängen die Trauben doch wesentlich höher. Lörrach dürfte gegen Ottenau zu einer Revanche kommen, ebenso wie Rheinfelden gegen Furtwangen und Emmendingen gegen Gottmadingen.

statt 12:16, Oetigheim 12:24, Bietigheim 12:30, Durmersheim 12:35, Karlsruhe Mühlburg ab 13:00 Uhr. Rückfahrt: Karlsruhe-Mühlburg ab 18:00 Uhr, Durmersheim ab 18:24, Bietigheim 18:29, Oetigheim 18:35, Rastatt 18:41, Baden-Oos 19:00, Bühl 19:21, Lahr-Stadt ab 20:45. Fahrpreis ab Rastatt für Hin- und Rückfahrt 1.50 DM. Eintrittskarten werden von den Einsteigbahnhöfen ausgegeben. Sitzplatz 2.30 DM, Stehplatz 1.30 DM. Verkaufsschluss für die Eintrittskarten ist der 27. April 1950.

Voranzeige: Zum Boxkampf Walcott — ten Hoff am 7. Mai 1950 in Mannheim führt die Eisenbahndirektion Karlsruhe einen stark ermäßigten Sportsonderzug Freiburg-Mannheim, mit Flugzeug Konstanz-Offenburg durch.

An Teilnehmer werden Eintrittskarten durch die Fahrkartenausgaben ausgegeben. Preise: 3.15 DM, 3.25 DM, 7.35 DM, 10.50 DM und 13.65 DM. Bestellungen können sofort gegen Barzahlung vorgenommen werden. Die Ausgabe der Eintritts- und Sonderzugskarten erfolgt nicht vor dem 20. April 1950. Annahmeschluss der Bestellungen ist der 2. Mai 1950. Der Sonderzug kommt gegen 10:00 Uhr nach Mannheim. Kampfbeginn 15 Uhr. Genaue Verkehrszeiten werden durch Ausgänge an den Bahnhöfen bekanntgegeben.

Landesliga Südbaden

Der Landesligameister Baden-Baden ist nach Erringung des Meistertitels etwas aus dem Tritt gekommen. Auf eigenem Platz gelang ihm gegen Blau-Weiß Freiburg nur ein mageres 3:2. Trotzdem konnte der Meister seinen Vorsprung noch vergrößern, denn seine nächsten Nachfolger im Tabellenstand wurden beide geschlagen. St. Georgen unterlag in Schopfheim 0:3 und Achern wurde in Freiburg vom ASV mit 1:3 besiegt. Schopfheim ist durch sein Sieg über St. Georgen nun bis auf einen Punkt an den Tabellenritten Achern herangekommen, während Blau-Weiß Freiburg mit Lörrach, das in Furtwangen nur unentschieden 1:1 spielen konnte, punktgleich geworden ist. Gottmadingen schloß dicht zu Rheinfelden auf, das in Gottmadingen 0:1 unterlag. Der Tabellenletzte Emmendingen konnte daheim gegen Ottenau mit 2:2 einen Punkt für sich behalten. Der neueste Tabellenstand lautet:

SC Baden-Baden	23	19	3	1	96:22	41
FV St. Georgen	24	14	3	7	55:28	31
SV Achern	24	12	6	6	56:34	30
SV Schopfheim	24	12	5	7	68:36	29
Blau-Weiß Freiburg	23	10	4	9	41:39	24
Rot-Weiß Lörrach	23	10	4	9	41:39	24
SV Ottenau	23	10	2	11	46:66	22
SV Rheinfelden	24	7	10	10	39:53	21
SV Gottmadingen	23	8	4	11	34:44	20
ASV Freiburg	24	8	4	12	39:52	20
VFC Stockach	23	7	5	11	57:66	19
FC Furtwangen	22	6	4	12	40:72	16
FC Gutach	23	7	2	14	35:54	16
SV Emmendingen	23	5	4	14	30:66	14

Baden-Baden — Blau-Weiß Freiburg 3:2

Nur mit knapper Not entging die Meistermannschaft der ersten Heimmiederlage. In der ersten Halbzeit kam Baden-Baden gar nicht zu seinem gewohnten Spiel und die sehr stabile und harte Abwehr Freiburgs konnte bis zur Pause jeden Erfolg des Meisters verhindern. Kurz vor dem Seitenwechsel wurde Seitz so erheblich verletzt, daß er für den Rest der Spielzeit ausscheiden mußte. Zur großen Überraschung spielte Baden-Baden aber nach der Pause mit zehnmänniger Mannschaft besser als vorher und innerhalb einer Viertelstunde schied der Sieg nach drei in kurzen Abständen erzielten Toren gesichert. Die Hintermannschaft des Meisters wurde nun aber etwas unvorsichtig und Freiburgs Mittelstürmer konnte die zu weit ausgerichtete Verteidigung überlaufen und ein Tor schießen. Ein Weitschuß brachte Freiburg auf 3:2 heran und ein drittes Tor Freiburgs wurde wegen „Abseits“ nicht gegeben.

Die Kaffeebantate Eine Bachgeschichte von Kurt Sanke

Es gab eine Zeit, ausgangs des achtzehnten Jahrhunderts, da war der Bohnenkaffee nicht nur knapp, sondern das Trinken dieses Genußmittels von Amts wegen sogar verboten. Es gab damals „Kaffeereicher“, die überall herumschlüffelten und alt wie jung im gegebenen Fall vor dem Kadi schleppten. Die Leipziger Frauen klagten gewaltig: „Wenn schon wegnehmen, dann lieber das Brot — denn auch ohne Kaffee sind wir tot.“

Eine überaus lustige Geschichte, wie die Frauen sich so „hinterherum“ doch in den Genuß dieses aufregenden Trankes setzten, erzählt die „Kaffeebantate“. Der große Meister der Töne, Johann Sebastian Bach, hat dazu die heitere gefällige Musik komponiert. Bach, der sehr viel weltliche Musik geschrieben hat, gehörte zu den Menschen, die den Humor liebten, und gern lachte. Die genannte kleine Kantate dreht sich um eine „Kaffeeschwester“, hübsch und jung“, die von ihrer Kaffeeliebesdurst nicht lassen kann. Ihr Vater, mit Namen Schlandrian, will ihr diese Leidenschaft abgewöhnen. Lieschen ist nicht zu überzeugen. Das war damals wie heute. Erst als der Vater ihr einen Mann verspricht, willigt sie strahlend ein. Dennoch setzt sie ihrem Vater „Hörner“ auf und läßt ausstreuen, daß sie nur einen Mann heiraten wird, der ihr das Kaffeetrinken gestattet. Sie erreicht natürlich ihr Ziel. — Musikalisch endet diese behagliche Angelegenheit mit dem ins Volksliedhafte gehenden: „Die Katze läßt das Mäusen nicht —“.

Um dieses Werkchen Bachs ist eine kleine Begebenheit gewoben. Wir wissen, hatte Bach eine sehr zahlreiche Familie. Das Leben des großen Thomaskantors war bis obenhin ausgefüllt mit Musik, und in seinem häuslichen Kreis wurde ausgiebig musiziert. Johann Sebastian spielte ebenso gut Klavier wie Geige, fast jedes Instrument, seine Frau Anna Magdalena war eine vorzügliche Sängerin und die heranwachsenden Kinder ziemlich alle geborene Musikanten. So war man um eine gute Hausmusik nicht verlegen.

Es mag im April des Jahres 1748 gewesen sein, die Frühlingssonne ließ die Tage bereits länger werden, als unser Meister Bach mit seinem Schüler Altnikol mit festen Schritten auf sein Haus zugeht. Anna Magdalena erkennt den ihr so vertrauten Gang und richtet schnell das Abendessen. Ueber das Gesicht Lieschens, Bachs Tochter, geht ein freudiger Schein, als sie an

der Seite ihres Vaters seinen Schüler Altnikol bemerkt.

Wie so oft wird der Abend mit Musik verbracht, und in aufregender Stimmung hört man bald die Töne der Kaffeebantate durch das Haus klingen. Meister Bach hatte alle Fäden musikalisch in der Hand. Lieschen und Altnikol sehen sich oft verstohlen an; mehr als einmal bemerkt das Johann Sebastian während des Spielens. „Als seine Kinder dann das lustige Trio, das die Sache beschließt, etwas zu schelmisch sangen, ging ihm vollends ein Licht auf.“

Bei einer Tasse echten Kaffee erfährt er nun von der Liebe Lieschens zu seinem Schüler. Frohgelant droht er seinem Töchterchen: „Ich weiß, daß Du ebenfalls ein solches Lieschen bist wie in meiner Kaffeebantate, nicht aber wußte ich, daß auch Du Dir hinter meinem Rücken einen Mann gesucht hast. Es ist wie überall: Kein Uebel kann eben auf einem Bein stehen.“ Er war aber durchaus mit dem Wahl seines Lieschens einverstanden, und die Ehe wurde eine überaus glückliche.

Internationaler Bach-Preis Leipzig 1950

Anlässlich der 200. Wiederkehr des Todes-tages von Johann Sebastian Bach am 28. Juli hat der Deutsche Bach-Ausschuß einen „Internationalen Bach-Preis Leipzig 1950“ für Organisten, Cembalisten, Pianisten, Geiger und Sänger ausgeschrieben, der für die fünf Kategorien in zwei Ausleseverfahren durchgeführt wird. Vorentscheidungen finden in Weimar, Hamburg, Köln und Stuttgart in der Zeit vom 12. bis 17. Juni statt, die Endauscheidungen in Leipzig in der Zeit vom 19. bis 26. Juli. Teilnahmerechtig sind Instrumentalisten und Sänger aller Nationen, die am 1. Januar 1950 das Alter von 30 Jahren nicht überschritten, ein anerkanntes Musikinstitut absolviert, sich im öffentlichen Musikleben betätigt haben oder ihre künstlerische Qualifikation nachweisen können. Den ausländischen Sängern steht es frei, in ihrer Muttersprache zu singen.

Das Präsidium der Jury steht unter Leitung von Thomaskantor Prof. Dr. Günther Rammin. Für den Wettbewerb wurden Preise in der Gesamthöhe von über 6000 DM ausgesetzt. Die Teilnehmer an den Endauscheidungen sind während der Dauer des Wettbewerbs und bis zum Abschluß der Deutschen Bach-Feiern 1950 Gäste des Deutschen Bach-Ausschusses 1950. Für den 29. Juli sind im Rahmen der Bach-Feiern in Leipzig Konzerte der ersten Preisträger vorgesehen.

Späte Hoffnung
„Wie alt sind Sie denn, Väterchen?“
„95 Jahre!“
„Haben Sie Kinder?“
„Nein, noch nicht!“

Wer Bohnenwachs Saifix benützt, ist vor Enttäuschungen geschützt!
UND DER PREIS AUCH NUR 1,25 DM!

Zentral-Theater
Emmendingen
Freitag — Montag
Anni
eine Wiener Ballade
Beiprogramm:
„Die öffentliche Meinung“
Dienstag — Donnerstag
Mein Schatz ist ein Matrose
Nähmaschinen, auch Zick-Zack, liefert (auch auf Teilszahlung) Limberger, Freiburg, Gartenstr. 16.